

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljahr 3,50 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 3,50 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1897 unter Nr. 7437.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 3 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgealtene Kolonelle
 oder deren Raum 40 Pf., für
 Vereins- und Versammlungs-Anzeigen,
 sowie Arbeitsmarkt 20 Pf. Insetate
 für die nächste Nummer müssen bis
 4 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition
 ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends,
 an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr
 vormittags geöffnet.

Herausgeber: Amt 1, Nr. 1506.
Telegraphisch-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Benth-Straße 2.

Freitag, den 5. März 1897.

Expedition: SW. 19, Benth-Straße 3.

Die Regierung und der Volkswille in Italien.

Von Professor Enrico Ferri.

Rom, Ende Februar.

II.

Die Auflösung einer Kammer, die im Mai 1895 gewählt wurde und noch nicht einmal die Hälfte der normalen, durch die Verfassung auf 5 Jahre festgesetzten Legislaturperiode hinter sich hat, und die, nachdem sie das Ministerium Crispi mit großer Majorität gestützt, von Crispi sich abgewandt und die Majorität ihrer Stimmen niemals seinem Nachfolger Rudini verweigert hatte, war ein von den Abgeordneten der Partei Crispi nicht erwarteter und lebhaft bekämpfter Entschluß; die Herren fürchten, nicht wiedergewählt zu werden.

Man hat gesagt, daß es ein überlegter Schritt sei, für den kein zwingender Grund vorliege. Und dafür spricht auch der Schein, weil zwischen der Kammer und dem Ministerium kein Konflikt besteht.

Da uns aber die Marx'sche Lehre verhindert, an die Launen der Willkür oder an den Zufall bei politischen Ereignissen zu glauben, so können wir im Gegenteil den Beweggrund zu dieser ministeriellen Entscheidung uns sehr wohl erklären, der, wie immer, weiter nichts ist, als ein Symptom und Erzeugnis des Klassenkampfes.

Zur Auflösung der unter dem Ministerium Crispi gewählten Kammer erhielt Rudini von vornherein die Zustimmung seiner Verbündeten im Kampfe gegen Crispi, d. h. der Partei der Fortschrittler (M. G. Zanardelli und Giolitti) und des Führers der äußersten Linken, Cavallotti, der mit seiner fixen Idee, Crispi zu bekämpfen, ohne einzusehen, daß Crispi nur die Verkörperung eines Systems ist, welches dasselbe bleibt ungeachtet des Wechsels des Direktoriums, die Reaktion Rudini's blind unterstützt und durch seinen Ministerialismus die Volkssympathien ganz verloren hat.

Namentlich Cavallotti hat bei Rudini fest auf der Kammerauflösung bestanden, und in einer seiner letzten politischen Reden die Auflösung kategorisch verlangt. Ich glaube indes, daß Cavallotti und seine Freunde von der äußersten Linken, die der Unterstützung des konservativen Ministeriums sicher sind, ungeachtet ihres platonischen Protestes gegen die unfeindsinnige innere Politik des Ministeriums, beim nächsten Wahlkampf nichts gewinnen werden, denn dieser Theil der radikalen Partei hat den einzigen Berechtigungsgrund für sein Dasein verloren: nämlich entschiedene und unerbittliche Vertheidigung der öffentlichen Freiheiten. Und wenn die radikale Partei oder eine ihrer Fraktionen diese Existenzberechtigung verliert, indem sie die Sozialisten allein, höchstens noch mit den „reinen“ Republikanern, die aber sehr dünn gefäß sind, für die politischen Freiheiten kämpfen läßt, so ist es klar, daß dies den offenen und erklärten Eintritt der sogenannten radikalen Partei in den Mischmasch der Bourgeoispartei befehlen muß. Ja man spricht sogar schon von der Möglichkeit, daß Cavallotti in das Ministerium, welches nach Rudini kommen soll, eintreten werde; und das würde trotz des Verlustes eines solch sympatischen Kämpfers wie Cavallotti ist, für die Ehrlichkeit und Fruchtbarkeit unseres politischen Leben entschieden von Nutzen sein.

Ich glaube jedoch nicht, daß Rücksichten auf einige fortschrittliche und radikale Abgeordnete der Grund für die Auflösung der Kammer gewesen sind, obgleich es augensichtlich ist, daß Rudini jetzt die Vereinigung aller Bourgeoispartei, einerlei ob von rechts oder von links, zu begünstigen sucht, was übrigens in Italien schwierig ist, nicht allein wegen der Erinnerungen an persönliche Kämpfe zwischen den Konservativen und Fortschrittlern, sondern auch weil es Thatsache ist, daß die liberale Partei noch nicht in den politischen Mischmasch eintreten will wegen der bekannten Mischmischung, die in Italien zwischen der Monarchie und dem Papstthum herrscht.

Auf alle Fälle war die Vertheidigung Rudini's mit seinen alten Verbündeten nur ein beiläufiger und untergeordneter Grund für die Auflösung der Kammer — ebenso wie die Furcht vor einer Auferstehung der Crispi'schen Parteien; nicht mit ihrem jetzt schon sehr alten Chef — wer kümmert sich um die Schaafe, wenn die Zitrone ausgepreßt ist? —, aber mit seinen Lieutenants: dem Ex-Schachminister J. Sonnino und dem Abgeordneten und Ex-Republikaner Fortis.

In der That hatte Sonnino, während der Debatten über ein vom Minister Luzzatti vorgelegtes Gesetz zur Rettung der kleinen Panamisten der Bank von Neapel, dem Minister tüchtige Hiebe auf dem Finanzgebiet versetzt, so daß die Kühnheit und die Hoffnungen der Crispi'schen etwas gestiegen waren.

Der wirkliche und einzig wahre Grund aber zu der Vielen unerwarteten Auflösung der Kammer war, wie immer, das Bedürfnis, die konservative Partei gegen die Sozialisten zu vertheidigen.

Es ist wirklich höchst interessant festzustellen, daß überall in Europa das Entstehen und Wachsen einer sozialistischen Partei, die den großmüthigen aber platonischen Regungen der politischen Sentimentalität die unwiderstehliche Kraft der bestimmtesten und klarsten wissenschaftlichen wie politischen Ideen hinzugefügt hat, einen Laß der Oberfläche wenig be-

merkbar und von den Konservativen energisch verneint, aber thatsächlich und entscheidenden Einfluß auf die ganze Gestaltung der zeitgenössischen Politik und Gesetzgebung ausübt.

In eine Flüssigkeit, die verschiedene Stoffe vermischt in Lösung enthält, braucht man nur ein kleines Stück eines reinen und kristallisirten Elementes zu werfen, und sofort beginnt ein allgemeiner Prozeß der Kristallisation, je nach den Wahlverwandtschaften der verschiedenen Stoffe. Ebenso bedurfte es in dem politischen Mittel (Milieu) der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts nur des Eintritts eines ganz kleinen kristallisirten Kernes der sozialistischen Partei, um eine allgemeine Bewegung unter den alten Parteien hervorzu bringen, eine Bewegung, welche trennt, neue Kombinationen hervorbringt, die ganze Gestalt des politischen Lebens verändert, wobei das Klasseninteresse die einzige treibende Kraft ist und die ältesten Verbindungen im Nu getrennt werden.

Dieselben Vorgänge, wie z. B. Streiks, Volksversammlungen und sonstige Volkskundgebungen, Wahlkämpfe, wissenschaftliche oder politische Vespredungen, Polemiken der Presse, Skandale der Bank- oder Handelsgesellschaften, Kolonialunternehmungen, öffentliche Mißbräuche, Exzesse des Militärs, der Polizei oder der Richter etc. — dieselben Vorgänge, dieselben Ereignisse, die vor vierzig und selbst vor einigen zwanzig Jahren nur einfache Kommentare oder ganz vorübergehende Verwaltungsmassregeln hervorriefen, bleiben jetzt und setzen sich fest im Volksbewußtsein und in Ausnahmegesetzen, die niemals so zahlreich waren. Der augenscheinliche Grund hier von ist, daß das Vorhandensein der sozialistischen Partei und die Heftigkeit, die sie dem Volksbewußtsein gab, alle politischen und sozialen Vorgänge und Ereignisse größer gemacht haben und noch machen, wie klein dieselben auch äußerlich seien, und zwar wegen der Bedeutsamkeit des Symptoms, denn, wie das kleine Blättchen, das auf der Oberfläche des Meeres schwimmt, verräth es eine in der Tiefe schlummernde Welt.

Dieser symptomatische Werth, den die sozialistische Lehre jedem politischen und sozialen Ereignis verlieh, hat, wie im Wesen der Sache liegt, gleichzeitig zwei Wirkungen: für das Volk macht es die erklärenden Phrasen, die ehemals dazu dienten, jede Bewegung und jeden Kommentar abzuschwächen, ganz ungenügend; und in der herrschenden Klasse ruft es ein Gefühl von Unsicherheit und moralischem Unbehagen hervor, daß ihr, wie die Biologen es nennen, „die reizbare Schwäche“ giebt, durch die wir uns die fast immer machtlos über's Ziel hinauschießende Reaktion erklären können, welche die Regierungen und die Autoritäten im allgemeinen jeder Kundgebung des öffentlichen Gewissens, so unbedeutend sie auch sei, und jedem, auch dem leisesten, Protest der beherrschten Klasse entgegensehen.

Und das ist die Lage, in der sich Italien jetzt befindet. Unsere Wahlgesetze erkennen das allgemeine Wahlrecht weder in bezug auf die Gesetzgebung noch in bezug auf die Verwaltung an. Und außerdem wurde im Juli 1896, weil man glaubte, die Wogen des Sozialismus würden höher und höher steigen, unter dem Vorwand einer Revision der Wählerlisten ein Gesetz erlassen, welches von den gesammten drei Millionen Wählern eine Million Wähler des Wahlrechts beraubte — alles in der Hoffnung, die sozialistische Partei dadurch zu tödten. Man hat sich natürlich wohl gehütet, zu gestehen, daß dies der Zweck des Gesetzes sei; es war aber so.

Bei den Wahlen von 1895 stieg die Zahl der sozialistischen Abgeordneten von 5 auf 14, die man durch Interpretation des Wahlgesetzes ad usum delphini (im Sinne der Machthaber) auf 12 reduziert hat.

Seit dem Mai 1895 hat die sozialistische Partei eine starke Propaganda entwickelt und insbesondere hat sie sehr viel dafür gethan, daß in die Wahllisten (die immer im Dezember festgestellt werden) eine erhebliche Anzahl neuer Wähler eingetragen wurden.

In einigen großen Städten, wie z. B. in Mailand und Turin, handelt es sich hier um viele Hundert, dort um einige Tausende. Die neu eingeschriebenen Wähler aber — die sehr oft, um eingeschrieben zu werden, vor dem Friedensrichter ein Examen ablegen müssen, haben erst nach dem Monat Juli das Recht zu wählen. Und da haben wir den einzig wahren Grund, weshalb Rudini die Auflösung der Kammer so beschleunigte: er wollte, daß die Wahlen vor 3 u 11 vorgenommenen würden, d. h. ehe das neue sozialistische Wählerheer Europa das verführerische Beispiel geben konnte, 3-4 sozialistische Abgeordnete in Mailand zu wählen, der industriellen Hauptstadt Italiens, und in Turin, der Geburtsstadt der herrschenden Dynastie.

Dieses Wahlergebnis, das man zu verhindern hofft, indem man die Wahlen im Juli vornehmen läßt, wäre von ungeheurer symptomatischer Bedeutung, denn wir sehen jeden Tag mehr, daß die regierende Dynastie ihre Grundlage und ihren Stützpunkt von den nördlichen Provinzen, dem alten Königreich Piemont, nach den südlichen ausschließlich ackerbautreibenden Provinzen — Sizilien ausgenommen — verlegen muß, die infolge ihrer ökonomisch rückständigen Verhältnisse politisch noch relativ unreif sind, obgleich das sozialistische Bewußtsein sich selbst im Süden des festländischen Italien kräftig zu regen beginnt.

Politische Uebersicht.

Berlin, 4. März 1897.

Den auf grund des allgemeinen Wahlrechts erwählten Reichstag durch ein aus Abordnungen der Landtage zusammengesetztes Parlament, das keine Volksvertretung wäre, zu ersetzen, ist ein alter, zuerst von Rümelin gemachter Vorschlag, der unlängst in Gegenwart des Kaisers auf einem Diner beim frisch geadelten Miquel erörtert worden sein soll. Das „Volk“ hatte hierüber zuerst etwas gemeldet. Nun schreibt das Blatt:

Die Abschaffung des jetzigen Reichstages und sein Ersatz durch ein Konföderium von Landtags-Abgeordneten der Einzelstaaten ist, wie die „Deutsche Tageszeitung“ ganz richtig schreibt, ein „uralter Plan“; das ist aber durchaus kein Hinderniß für seine thatsächlich erfolgte Aufwärmung. An der Verschiedenheit der Landtags-Wahlgesetze braucht eine „Reform“ des Wahlrechts keinen Anstoß zu nehmen; wie die Landtags-Abgeordneten, welche den Reichstag wählen, in ihren Landtag gekommen sind, kann dem Reich egal sein. Die „Atheistisch-Christliche Zeitung“ will durchaus wissen, wer diesen Plan auf dem Diner bei Erzelenz Miquel entwickelt habe. Unnähe Frage. In der „Zeit“ endlich erklärt Pfarrer Naumann unsere Notiz aus inneren Gründen für wahr-scheinlich. Wir meinen, wer in den letzten Wochen die gelegentlichen Mittheilungen vom Miquel-Diner in der „Börsezeitung“, der „Hann. Post“, dem „Volk“ u. s. w. gelesen hat, der hat die ganze Gedankenfolge klar vor sich: Jesuiten und Diäten zum Mundstopfen, Militärparole mit Hintergrund aus-wärtiger Verwickelung, neuer Kartellreichstag, Abschaffung des Wahlrechts. Natürlich sind wir ebenfowenig wie andere Leute, die die Volkstimmung kennen, des Glaubens, daß dieses Programm glatt durchgeführt werden kann.

Die Bismarck'schen „Berliner Neuesten Nachrichten“ schreiben, nachdem sie die von uns gestern schon registrierte Aeußerung der „Samb. Nachrichten“ wörtlich wiedergegeben haben:

Auf den sehr auffälligen Gegensatz zwischen der so oft und so entschieden vor aller Oeffentlichkeit betonten Stellungnahme des Kaisers und dem Verhalten der Regierung in dieser Frage haben wir schon wiederholt hingewiesen. Am auffälligsten war, daß auch nach der so markanten Rede vom 2. September 1895 nichts gescha h.

Die Erklärung dieses eigenhämlichen Mißverhältnisses dürfte wohl in der am Dienstag Nachmittag von uns mitgetheilten Berliner officiösen Aeußerung der „Allgemeinen Zeitung“ über Reichsregierung und Reichstag zu finden sein. In dem Artikel wurden die Gedanken der leitenden Kreise der Reichsregierung“ bekanntlich dahin entwickelt, daß, da mit dem jetzigen Reichstage eine nationale Politik nicht zu treiben und Aussicht auf Verbesserung nicht vorhanden sei, der praktische Politiker sich darauf beschränken müsse, „unter den gegebenen Verhältnissen die Aufgaben des Staates zu erfüllen“.

Auf den vorliegenden Fall angewendet, heißt dies soviel, daß, da von dem jetzigen Reichstage die Annahme eines Spezialgesetzes gegen die Sozialdemo-kratie nicht zu erwarten sei, die Regierung keine Vor-lagen machen könne und sich behelfen müsse, so gut oder schlecht es eben gehe.

Diese Auffassung von der Pflicht der Staatsleitung vermögen wir nicht zu theilen. . .

Aber was hätte zu geschehen, und wie wäre die Lage, wenn der Reichstag nach Auflösung und Neu-wahlen ein Sozialistengesetz abermals ablehnte?

Dann hätten die verbündeten Regierungen den Reichs-tag abermals aufzulösen oder sich über die Thatsache klar zu werden, daß mit dem heutigen Reichs-wahlrecht überhaupt nicht regiert werden kann. Dabei bliebe die Frage offen, ob man das aktive oder das passive Wahlrecht ändern oder beide bestehen lassen und nur die Zusammensetzung des Reichstags durch einzu-setzende Vertretung der Städte, Universitäten, Handelskammern u. s. w. umgestalten wolle. Mit einer Aenderung des Wahlrechts ließe sich die Lösung der Diätenfrage verbinden.

Der Weg liegt soweit ganz klar und gangbar vor-gezeichnet. Es fehlt nur an der Entschlußkraft, ihn unbeirrt bis zu Ende gehen zu wollen.

Die Hauptsache für alle Reaktionäre ist die Aenderung der Zusammensetzung des Reichstages und damit die Verwirklichung volksfeindlicher Pläne. Die Frage ist nur, wie auf einem verfassungsmäßigen Wege zu diesem Ziele gelangt werden kann. Der auf grund des allgemeinen Wahlrechts erwählte Reichstag soll die Rechte der Reichstagswähler beschneiden oder gar vernichten. Eine prächtigerer Wahlparole könnte für uns garnicht erdormen werden. Ein solcher Reichstag wäre nicht zu schaffen, wenn man nicht etwa den Grafen Wabeni und seine galizischen Bezirkshauptleute und Genbarmen zur Leitung der Wahlen nach Deutschland bringen ließe. Da dies nicht gut angeht, bliebe zur Verwirklichung solcher Pläne nur der Staatsstreich übrig. Sieht es Leute hinverbrannt genug, die den deutschen Bundesfürsten ernstlich zu einer solchen That zu rathen wagen? Wird nicht die Rechtslosigkeit jedes von einem nach dem Staatsstreich beschlossenen Gesetzes bei jedem Gerichte bestritten werden können? Bedeutet dies nicht die Anarchie im Namen der „Ordnung“?

Und was wäre der Erfolg einer auf grund eines Staatsstreiches herrschenden und durchgeführten Umsturz-bekämpfung? Doch kein anderes, als ein weit rascheres An-wachsen unserer Partei als in den 12 Jahren des Sozialistenge-setzes, Verminderung der Verantwortung der Führer für die Haltung der Massen, äußerste Verschärfung des Klassen-kampfes, Rechtfertigung jeder, auch der schroffsten Form der Opposition.

Wer va danquo spielen will, der kann ja derartige Pläne empfehlen, erhaltene Politiker, wirkliche patriotische Männer, Freunde des Volkes sicherlich nicht.

Wer freilich kein anderes Ideal hat, als das gegen die eigenen Volksgenossen die Klinge schießt, der Säbel hant, der mag ja solche Pläne der Erörterung werth finden, aber auch diese „konserervative“ Männer können die Rechnung ohne den Wirth gemacht haben.

Unser Artikel über die Hundertjahrfeier hat den Jugnum der reaktionären Presse erregt — ein Beweis, daß wir ins Schwarze getroffen. Der Jugnum ist um so tiefer, weil die Ereignisse uns in der eklamantesten Weise recht geben und es bestätigen, daß genannte Presse die reaktionäre Ausbeutung der Hundertjahrfeier langer Hand geplant und vorbereitet hat. Ein unglücklicher Zufall hat es nämlich gefügt, daß das Signal zur Hay gegen die Sozialdemokratie von dieser Seite gerade in einem Augenblick gegeben wurde, wo selbst Regierungsorgane, wie z. B. der „Hamburger Korrespondent“, das „maßvolle Auftreten“ der Sozialdemokratie im Reichstage lobten. Es war dies gewiß kein Kompliment für uns, aber gewiß war es auch keine passende Einleitung für eine Hay gegen uns. Doch was thun? Die Hay war beschlossen, und da man keinen passenden Anlaß fand, so war man wenigstens so ehelich, sich dadurch zu verrathen, daß man den denkbar schlechtesten wählte.

Uebrigens muß bei dieser Gelegenheit festgestellt werden, daß die letzte Rede des deutschen Kaisers fast allgemein eine ungünstige Beurtheilung gefunden hat, was in der gegenwärtigen Zeit der Majestätsbeleidigungs-Prozesse doppelt viel sagen will. Das „Schweineglück“ der Sozialdemokratie bewährt sich wieder einmal.

Anarchistische Konsequenz. Gestern hielten die Anarchisten eine Versammlung ab mit der Tagesordnung: „Die Greuel in Barcelona“. Das Ergebnis der Versammlung, über die wir an anderer Stelle berichten, ist, daß beantragt wurde, den Abgeordneten Nebel zu beauftragen, im Reichstage eine Interpellation einzubringen und daß kein Anarchist gegen diesen Antrag stimmte. Die Anarchisten, die nur Spott und Hohn für das Prinzip der parlamentarischen Thätigkeit der Arbeiter hatten, fordern nun, wo es sich um ihre Interessen handelt, übrigens genau so wie ihr Führer Johannes Most beim Fall Reue, die „Verräther des Proletariats“, die „Parlamentler“ auf, in ihrem Interesse die Tribüne des Reichstages zu betreten. So desavouiren sich die Herren selbst. Hätten sie einen irgendwie nennenwerthen Anhang im Volke, so wären sie gezwungen, zu den Fragen des Tages Stellung zu nehmen, sie müßten selbst das Mittel des Parlamentarismus anwenden. Freilich, so lange die Herren eine kleine, bedeutungslose Gruppe mit Sektenanschauungen und Sektengebahren bilden, können sie sich den Luxus jeder Inkonsequenz leisten. Das können sie auch künstlich, da sie ja niemals das Volk hinter sich haben werden.

Diese Randbemerkungen und auch alles sonst, was uns von den Anarchisten trennt und das schmutzige Gewerbe der Verleumdung, das sie treiben, haben freilich keinen Einfluß auf die Entschliessungen der Partei bez. der Interpellation über die Greuel in Barcelona.

Die internationale Konvention wählte heute eine diplomatische Kommission mit Boun als Präsidenten und Barrore als Berichterstatter. Die Kommission soll die Mittel feststellen, um die Vorschläge der technischen Kommissionen zur Anwendung zu bringen. — Sodann nahm die Kommission zur Berathung der außerordentlichen Europa's zu ergreifenden Maßnahmen die Vorschläge zum Schutze des Persischen Meerbusens gegen die Pestgefahr an.

Aus Athen verlautet noch nichts über die Stellung der Regierung zum Ultimatum. Man darf aber aus der Demission des sehr unternehmungslustigen Kriegsministers auf die Absicht nachzugeben, schließen. Die Stimmung der Bevölkerung und noch mehr der Presse gilt als kriegerisch.

Die für offiziös geltende „Ephemeris“ sagt, die Note der Mächte könne, da derartige Noten etwas Alltägliches seien, Griechenland in seiner nun einmal eingeschlagenen Politik nicht aufhalten. Vielmehr werde und müsse Griechenland ungefährmt zu Thaten übergehen und alle Mittel ergreifen, um Europa klar zu machen, daß nur durch die Vereinigung Kreta's mit Griechenland der Frieden gesichert werden könne.

Aus K a n a liegen über die Gendarmen-Revolte folgende Meldungen vor:

Drei Gendarmen wurden heute verhaftet und an Bord des englischen Kriegsschiffes „Vorleser“ gebracht. Dieselben sollen nach Salonik übergeführt werden; bei ihnen wurden 60 Pfd. Sterling vorgefunden.

Gestern erklärte der Gouverneur den Konsuln, es sei unmöglich, der türkischen Gendarmerie den Lohn auszusahlen, da an den erforderlichen 120 000 Pfatern 65 000 fehlten, und stellte das Ansuchen, das Geld aus der Konsular-Kasse vorzuschleusen, welche nach den Ereignissen im Mai 1896 aus den Erträgen des Einfuhrzolles in Höhe von 8 Prozent zur Auszahlung der Entschädigungssumme an die Opfer der Unruhen eingerichtet wurde. Die Konsuln waren im Begriffe, das Geld zu geben, als sie erfuhren, daß die Regierungskassen über 120 000 Pfater verfügten und außerdem noch 60 000 Pfater am Tage vorher aus Kandia vereinnahmt hätten. Der Gouverneur gab dies zu. Die Gendarmerie erhält den Sold für drei Monate ausbezahlt.

Aus Konstantinopel ist die Meldung in Wien eingetroffen, daß der Sultan bei einem im Yıldiz-Palast abgehaltenen vierstündigen Ministerrathe die kategorische Erklärung abgegeben habe, er werde in eine Zurückziehung der Truppen aus Kreta nicht einwilligen. Diese Nachricht hat in Wiener diplomatischen Kreisen große Verstimmung hervorgerufen.

Aus Belgien wird gemeldet:

In Alerbieren kamen in den letzten Tagen an mehreren Orten blutige Erzeße gegen die christliche Bevölkerung vor. Auf der Straße in der Nähe von Brüssel ermordeten Türken einen belgischen und zwei Bauern. Bei Tetomo überfielen bewaffnete Albanen einen serbischen Hochzeitszug, tödteten sieben Personen und verwundeten 21 schwer.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Wegen Majestätsbeleidigung, sowie Beleidigung des Fürsten v. Bismarck (I) wurde heute der Maurer Richard Kapitzki, der am 2. September vorigen Jahres von einem Neubau in der Kaiserin Augustastrasse aus höhnißche Bemerkungen einer vorbeimarschirenden Truppe nachrief, von der vierten Strafkammer des Landgerichts I zu 2 Monaten Gefängniß verurtheilt.

Der Schornsteinfeger Reinhold Sildlein wurde heute wegen Majestätsbeleidigung, Mißhandlung, Bedrohung, Widerstandes gegen die Staatsgewalt und Beamtenbeleidigung zu 2 Jahren Gefängniß verurtheilt. Der Verurtheilte trat die Strafe sofort an.

Deutsches Reich.

— Gegen die geplante Dampfersubvention von 1 1/2 Millionen Mark, welche jährlich dem Norddeutschen Lloyd zu Bremen für seine nach Ostasien auszuführenden 12tägigen Fahrten

von Reichswegen gewährt werden soll, erhebt die Hamburger Ringlin-Einie noch einmal in Form einer Petition energischen Protest. Die Konkurrenz-Rhederei weist darauf hin, daß der deutsche Haupt-Ausfuhrplatz für Japan und China Hamburg geworden ist, von wo in den Jahren 88 bis 88 allein durch die Ringlin-Einie 552 797 Tonnen ausgeführt wurden, während der Bremer Lloyd nur 188 115 Tonnen ausführte. Während die Ringlin-Einie die Reise bis Yokohama im Durchschnitt in 58,40 Tagen zurücklegt, gebraucht der Lloyd 60 Tage zur selben Route. Mithin ist der Lloyd selbst für die Postbeförderung nicht die geeignetste Rhederei, auch sind Truppenbeförderungen mit anderen Rhedereien, sämtlich ohne Staatsubvention, zur vollen Zufriedenheit auszuführen. Vorsehungen werden aber heute schon über Amerika geleitet und so früher nach China resp. Japan gesandt, während nach Eröffnung der sibirischen Eisenbahn eine Briefbeförderung von Berlin nach Wladivostok 10 Tage gebraucht, und Japan und China in 12—13 Tagen erreicht, was bei der bevorstehenden Eröffnung der Bahn im Jahre 1901 schon jetzt in Betracht zu ziehen ist. Mithin bedeutet die Subvention weiter nichts als eine rein nebensächliche Unterfütterung des Lloyds auf Kosten der Steuerzahler.

— Die Gefängniß-Verwaltung hat bekanntlich in letzter Zeit wiederholt gegen sozialdemokratische Pressführer ein Verfahren eingeschlagen, daß von und einer sehr entschiedenen Kritik unterzogen wurde. Erst vor kurzem konnten wir mittheilen, daß auf die Beschwerde unseres Genossen Kauffmann über die Gefängniß-Verwaltung in Hameln der preussische Justizminister eine Antwort gab, die eine Wiederholung der gerügten Vorkommnisse keineswegs ausschließt. Bemerkenswerth in der Sache ist das Urtheil des nationalliberalen „Hannoverschen Kuriers“. Das Blatt schreibt:

Behandlung politischer Strafgefangener. Bekanntlich haben sich zwei in der Gefängnisanstalt zu Hameln untergebrachte sozialdemokratische Redakteure darüber beklagt, daß sie dort mit Stuhlflüchten und Bergzuppen beschäftigt worden seien, und es ist darauf vom Minister des Innern die Entscheidung erfolgt, daß die Thätigkeit des Stuhlflüchters für den Redakteur gerade „mit Rücksicht auf seine persönlichen Verhältnisse und Fähigkeiten“ gewährt sei, denn sie sei „reulich, leicht zu erlernen und erfordere einen großen Kraftaufwand nicht“. Der Minister wollte hiermit nachweisen, daß den Vorchriften des § 16 des Strafgesetzbuches genügt sei, monach die zur Gefängnisstrafe Verurtheilten im Gegenzug zu den Zuchthäusern, die „zu den eingeführten Arbeiten anzuhalten“ sind, in einer Gefängnisanstalt „auf eine ihren Fähigkeiten und Verhältnissen angemessene Weise beschäftigt“ werden können und auf ihr Verlangen in dieser Weise zu beschäftigen sind. Daß diese Vorschrift in dem Hameler Falle erfüllt worden ist, wird man durch die erwähnte Ministerialentscheidung schwerlich als nachgewiesen ansehen können; es scheint hier vielmehr ein Fall von Verletzung des Reichs-Strafgesetzbuches vorzuliegen, der dem Reichstag zu einer entsprechenden Anfrage an den Reichskanzler wohl begründete Ursache giebt.

— Vergnadigungen. Aus Stettin wird gemeldet, daß in Stargard der Gerichtsassistent Michaelis und dessen Frau zu zwei beziehungsweise sechs Monaten Gefängniß verurtheilt wurden, weil sie den Tod ihres Dienstmädchens Splinter, das schwere Brandwunden erlitten hatte, verschuldet haben. Jetzt wird berichtet, daß die Genannten zu 1 beziehungsweise 2 Wochen Festung begnadigt worden sind. — Dem jetzigen Väterlehrer Walter Albrecht aus Polzin, Sohn eines verstorbenen Rectors, zurzeit in Sieberland bei Kolberg, welcher im jugendlichen Alter wegen Diebstahls zu einer Gefängnisstrafe von drei Monaten verurtheilt worden und hernach im Rettungshause zu Jernin untergebracht gewesen ist, sind durch Begnadigung die Strafe sowohl als auch die Kosten der Untersuchung erlassen worden.

Stuttgart, 3. März. (Sig. Ber.) Morgen tritt der württembergische Landtag zu einer neuen Tagung zusammen. Auf der Tagesordnung der ersten Sitzung steht eine Petition des Gewerbevereins Neuffingen und des Verbandes der Flachsenmeister, betreffend das Submissionswesen. Die Petenten wollen, daß in Zukunft Submissionsarbeiten nicht dem Mindestfordernden zugesprochen werden sollen, sondern dem der mittleren Preisforderung nächstfolgenden Submittenten. Durch diese Methode würde allerdings ohne Zweifel den oft verderblichen Unterbietungen entgegengetreten werden, da keiner der reflektirenden Unternehmer in Zukunft mehr der Mindestfordernde würde sein wollen und deshalb jeder seine Preisberechnung von vornherein danach einrichten würde. Die Folge würde also eine Preissteigerung der Staats- und Gemeindearbeiten sein.

Ungarn.

— Eine Bestechungssaffäre, in welche der Abg. Morzanyi, der Staatssekretär im Handelsministerium, Böök, sowie andere Beamte dieses Ministeriums verwickelt sein sollten, macht großes Aufsehen. Es handelt sich um die Verpachtung der Eintrittskarten bei der Millenniums-Ausstellung, bei der es nicht mit rechten Dingen zugegangen sein soll. Vorläufig meldet heute ein Telegramm, daß Herr Morzanyi aus dem Klub der liberalen Partei ausgetreten ist.

Schweiz.

Bern, 2. März. (Sig. Ber.) Auf der Tagesordnung der am 15. März beginnenden Session der Bundesversammlung stehen nicht weniger als 57 Nummern, aber die Kranken- und Unfallversicherung ist wieder nicht darunter. Dagegen sollen die Vorlagen, betreffend die Lohnzahlung in den, dem Fabrikgesetze nicht unterstellten Betrieben, die Sonnabendarbeit in den Fabriken und den internationalen Arbeiterschutz zur Behandlung gelangen, ferner ein Gesetz über die Nebenbahnen, sieben Eisenbahngesetze u.

Zürich, 2. März. (Sig. Ber.) Die Wahl des Sozialdemokraten Ernst in Winterthur durch das Volk in die Regierung des Kantons Zürich ist ein Ereignis, das wohl auch in der ausländischen Parteipresse eine geeignete Würdigung verdient. Die Wahl ist um so bedeutungsvoller, als sie auch eine Zurückweisung des rothen Lappens bedeutet, mit dem die geborenen Demagogen und Volksverführer der liberal-konservativ-kapitalistischen Partei so unverschämt operirten. Daß namentlich den Bauern, aber auch den Gewerbetreibenden und Industriellen und schließlich allen, die nur überhaupt etwas besitzen, mit der Verstaatlichung des Eigentums Angst gemacht wurde, haben wir bereits erwähnt. Man könnte zum Vergleiche die bunten Vögel aus der 1887er Wahl zum deutschen Reichstag heranziehen, wenn man folgende Leistung, die in der liberalen Presse als Insuperat geboten wurde, liest: „Bauer und Sozialist. Sozialist: Wir wollen einen Mann in der Regierung, der folgende Reformen anstrebt: Neue Schulgesetze mit Beförderungsbeförderungen, weniger Arbeit und mehr Lohn, almonatische Theilung des Kapitals, staatliche Theater und Langunterricht und unentgeltliche Verköstigung aller Haulfänger und andere Gutthaten mehr. Bauer: Von diesem Allen wollen wir nichts wissen, wir wollen einen Mann von gemäßigtem Fortschritt, der die Leiden aller Volksklassen kennt und ohne Schwindel nur will, was gut und möglich ist. Darum schreiben wir: Herr Gemeinderathspräsident Haab in Wädenswil. Viele geplagte Bauern.“ In dem ländlichen-industriellen Orte Uster fing die Expedition des dortigen liberalen Blattes die Anträge des dortigen demokratischen Klattes ab und legte demselben die liberalen Wahlkruse bei. Wie wenig Erfolg das Manöver aber hatte, zeigt die Wahl: Ernst erhielt in der Gemeinde Uster 853, Haab 464; Bezirk Uster 2120, Haab 1420.

Von den Wahlresultaten einzelner Gemeinden sind außerdem noch hervorzuheben: Zürich Kreis III Ernst 4575, Haab 1392, Kreis IV 1420 und 792, Stadt Zürich zusammen 10 063 und 7500, Stadt Winterthur 2813 und 1048, Tös 757 und 78, Volkheim 507 und 62, Wädenswil 488 und 50, Seen 469 und 81, Oberwinterthur 502 und 37, Effau 152 und 33, Mülten 104 und 2, Feuerthalen 196 und 40 u. s. w. Die letzteren drei Gemeinden sind unseres Wissens rein ländlich, ohne jede Industrie. In den andern kleineren Ge-

meinden besitzt die sozialdemokratische Arbeiterpartei, wie obige Zahlen zeigen, beinahe ausschließliches Gebiet.

Sicher ist, daß durch die begeisterte und eifrige Agitation der Genossen unsere Partei ihre 15 000 Stimmen vom 7. Februar um einige weitere tausend vermehrt hat; um wieviel, läßt sich natürlich kaum feststellen, da ja die demokratische Partei ebenfalls in anerkenntlicher aufrichtiger und eifriger Weise für den Sozialdemokraten eingetreten ist und die demokratische Armee einmal ihren Führern so zahlreich gefolgt ist, wie noch nie, und wie deshalb auch niemals erwartet worden war. Wenn aber beide demokratische Parteien zusammen nur 1000 Stimmen — 35 000 gegen 84 000 — mehr abtrachten als am 7. Februar, die Liberal-konservativen dagegen um 7000 mehr — 31 000 gegen 24 000 —, so muß man doch annehmen, daß zahlreiche rechtstehende Elemente der demokratischen Partei ins gegenwärtige Lager zu Haab abzuwandten, wenn nicht auch die Liberalen selbst noch Reserven wohl aufzubringen vermocht hätten.

Die Wahl des Sozialdemokraten Ernst hat die Arbeiterpartei nicht bloß im Kanton Zürich, sondern in der ganzen Schweiz begeistert und zu neuen Kämpfen ermuntert. Die Presse aller Richtungen bespricht die Wahl in Leitartikeln, wobei das Vorbringen der Sozialdemokratie und die zur dauernden Minderheit gewordene liberale Partei den Mittelpunkt bilden. Die demokratischen Blätter des Kantons Zürich freuen sich ebenfalls über die Wahl.

Mit dem Eintritt des Vertreters der sozialdemokratischen Partei in die Regierung beginnt die offizielle Geschichte der zürcherischen Sozialdemokratie als Partei und wenn man will, ein neuer Abschnitt in der Geschichte des Kantons Zürich. Im Jahre 1830 lösten die Liberalen die alten Patrioten und Konservativen ab, 1867 die Demokraten die Liberalen und zwar jehesam durch eine, wenn auch friedlich verlaufene und geschwähige Revolution, die in beiden Fällen im Sturz des bisherigen Systems bestand und im Beginn einer neuen Ära. Die Sozialdemokratie als die Partei der unterdrückten Lohnarbeiter konnte sich nicht an die historische Schablone der beiden alten Parteien halten, sie beginnt nicht mit sieben sozialdemokratischen Regierungsräthen und dem Umsturz der Verfassung, sondern nur mit einem Regierungsrath und mit einem Programm für den sozialen und politischen Fortschritt in stetiger Fortentwicklung.

Ueber die Person des ersten vom Volke gewählten sozialdemokratischen Ministers ist zu bemerken, daß Genosse Ernst im 50. Lebensjahre steht, der Sohn armer Bauernleute war und am Seminar und an der Universität Zürich sich zum Sekundarlehrer ausbildete, aus welcher er von 1871 bis 1885 in der Stadt Winterthur mit bestem Erfolge wirkte, bis er von seinen Genossen und den Demokraten in den Stadtrath gewählt wurde, wo er als Vorsteher des Bauamtes wirkte. Seit Jahren war er recht thätig im Grüllverein Winterthur, wo er in den Winterhalbjahren Unterricht erteilte und in einer von ihm veranstalteten wöchentlichen Diskussionsstunde politisch und rhetorisch die Arbeiter auszubilden suchte. Er schrieb darüber auch einen guten „Leitfaden“. Ernst's Reden sind immer gründlich vorbereitet und wohl durchdacht, sowie formell schön abgerundet. Als „Agitator“ im landläufigen Sinne ist Ernst noch außer ihm hervorgetreten, dagegen hat er bei wichtigeren Anlässen gern seine Kraft auch zur Verfügung gestellt und gewirkt. Im Kantonsrath (Landtag) gehört er der sozialdemokratischen Fraktion an und ist er stets für die Arbeiter wie für die Interessen der Schule und der Lehrer eingetreten, welche letztere ihm wohl auch am Sonntag zum größten Theil ihre Stimmen gegeben und für ihn agitiert haben. Ernst ist ein innerlich fest von den sozialdemokratischen Grundsätzen überzeugter Genosse und sein lauter, makelloser Charakter bürgt dafür, daß er seinen Grundsätzen auch treu bleiben werde. So ist die Wahl Ernst's in den Regierungsrath ein Erfolg, dessen man sich aufrichtig freuen darf, wenn auch davon nicht die Lösung der sozialen Frage und der endliche Sieg der Sozialdemokratie zu erwarten ist. Dazu sind die Verhältnisse heute im Kanton Zürich noch nicht reif.

Frankreich.

Paris, 4. März. „Intranquillant“, Rochefort's Blatt, theilt u. a. mit, daß ihn zahlreiche Offiziere ersucht hätten, den vor einigen Tagen begonnenen Preisfeldzug gegen das Kommando der Armee fortzusetzen. Weiter veröffentlicht das Blatt mehrere dieser Briefe, deren Absender ein Oberst, ein Hauptmann, ein General u. s. w. sind. Ein General im aktiven Dienst schreibt in einem zwölfseitigen Briefe: „Was aus der Orientkrise entstehen wird, weiß niemand. Im Falle eines europäischen Krieges wird die französische Armee ohnmächtig sein, denn es ist eine Tollheit, die Thätigkeit unseres Heeres nach dem Parademarsch vor zu beurtheilen, auf das man sich 6 Monate vorher vorbereitet hat. Ferner ist es eine Ungeheuerlichkeit, das allerhöchste Kommando in den Händen eines 70jährigen Generals zu belassen, dessen Fähigkeiten sich im Jahre 1870 gleich Null erwiesen.“ In ähnlicher Weise schreibt der betreffende Korrespondent über die Generale Boisdeffre und Sauffier.

Der Zweck des ganzen Spektakels in dem Revancheblatte des ehemaligen Doulangiers Rochefort ist wohl, Freunde für neue Militäraufstellungen zu schaffen. Da wird man sich im preussischen Kriegsministerium freuen. Krieg man ja Gründe für neue Forderungen billig wie Brombeeren.

England.

Califf, 3. März. Bei der heutigen Erziehung zum Unterhause für den Liberalen Rawson Shaw, der sein Mandat niedergelegt hat, erhielten Wilson (radikal) 5664, Sir Savile Cropley (konservativ) 6252 und Tom Mann (Arbeiterpartei) 3000 Stimmen.

Italien.

Rom, 4. März. Das vom 2. d. M. datirte Dekret, durch welches die Session des Parlaments geschlossen wird, ist heute veröffentlicht worden. Durch ein weiteres Dekret vom gestrigen Tage wird die Deputirtenkammer aufgelöst; gleichzeitig werden die Neuwahlen auf den 21. März und die Stichwahlen auf den 28. März festgesetzt. Das neue Parlament wird auf den 5. April einberufen.

Spanien.

— Von den Kolonialkriegen. Die Garnison in Manila ist verstärkt worden, da man einen erneuten Versuch der Russen, die Stadt zu nehmen, befürchtet. Es wurden neuerdings wieder in Manila Verhaftungen vorgenommen.

Norwegen.

Christiania, 3. März. Das Storting beschloß heute einstimmig, eine Kommission von 9 Mitgliedern einzusetzen, welche die Frage des Abschlusses von Schiedsgerichtsverträgen zwischen Norwegen und anderen Staaten erörtern und eventuell dem Storting darauf bezügliche Vorschläge unterbreiten soll.

Amerika.

Washington, 3. März. Das neue Kabinet ist wie folgt zusammengesetzt: Sherman Staatssekretär, Sage Schatz, Alger Krieg, Bliss Inneres, John Long Marine, Wilson Ackerbau, McKenna Attorney-General, Gary Centralpostmeister. — Präsident Cleveland hat die Bill zu Gunsten einer internationalen bimetallicischen Konferenz ratifizirt.

Das Repräsentantenhaus hat das Einwanderungsgesetz mit 193 gegen 37 Stimmen angenommen. Dadurch ist dem veto des Präsidenten entgegengegearbeitet.

Parlamentarisches.

Der Bundesrath beschloß in seiner heutigen Plenarsitzung, den Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Kündigung und Umwandlung der vierprozentigen Reichsanleihe dem Kaiser zur Vollziehung vorzuliegen, und erteilte der Vorlage, betreffend die Verlegung der Zollgrenze in Bremerhaven, sowie dem Vertrag zwischen dem Reiche und der Schweiz, betreffend die Errichtung schweizerischer Zollbeamten auf badischem Gebiet und betreffend die schweizerische Zollabfertigung am Grenzacherhorn vom 3. Dezember v. J. seine Zustimmung.

Tagesordnung des Reichstags. Auf die Tagesordnung der nächsten, Montag, den 8. d. Mts., stattfindenden Sitzung des Reichstags sind folgende Gegenstände gesetzt worden: Dritte Lesung der Zwangsverfügung und der Grundbuchordnung. Zweite Beratung der Uebersichten der Reichs-Ausgaben und Einnahmen. Reichstags-Gesetz und Petitionsberichte.

Die Unfallgesetz-Novellen-Kommission beriet gestern von 1 bis 5 Uhr. Zunächst stand § 47 der Novelle zur Debatte, soweit er noch nicht erledigt ist. Zu einer längeren Debatte gab ein Antrag des Abgeordneten Dr. Kruse Anlaß. Der Abgeordnete Dr. Kruse hat durch die Beschäftigung mit der Sache und durch die in den Beratungen hervorgehobenen tatsächlichen Verhältnisse die Ueberzeugung gewonnen, daß ein großes Mißtrauen gegen die Vertrauensärzte der Berufsgenossenschaften auf Seiten der Arbeiter tatsächlich besteht. Er glaubt dagegen ein Mittel gefunden zu haben. Er schlägt deshalb folgende Bestimmung vor: „In den Sitzungen des Schiedsgerichts ist ein approbierter, von dem Schiedsgericht zu wählender Arzt als sachverständiger Beirath zuzuziehen. Als solcher soll der Vertrauensarzt der Berufsgenossenschaft nur dann zugezogen werden, wenn ein anderer Arzt mit Rücksicht auf die örtlichen Verhältnisse schwer zu erlangen ist.“ Der Antrag fand wenig Zustimmung. Unsere Genossen stimmten in der Begierde sich gegen diesen Antrag mit den Vertretern der Regierung und v. Stamm überein. Sie meinten, das ließe den Zweifel mit Beizehub anstreifen und legte an der Hand der Praxis dar, daß solche sogenannte gerichtliche Sachverständigen bereits jetzt an einigen Schiedsgerichten fungieren und mit recht das ungetheilte Mißtrauen der Verletzten genießen. Insbesondere habe selbst das Reichs-Versicherungsamt anerkannt, daß das schroffe, unschönliche Behandeln, das solche Berliner Gerichts-Vertrauensärzte einem Verletzten gegenüber eingeschlagen hätte, den Tod dieses Verletzten beschleunigt habe. Es sei erforderlich, daß die Vertrauensärzte nicht ohne Mitwirkung der Arbeiter angestellt werden, daß der Einfluß der Berufsgenossenschaften auf eine gegen Willen des Verletzten vorgenommene Heilung gebrochen, daß die amtlichen Ärzte verpflichtet werden, dem Verletzten auf seinen Wunsch ein Attest auszustellen, daß der Arbeiter feils vor dem Schiedsgericht von Berufsgenossen vertreten werde, daß sich außer dem Berufsgenossenschafts-Vertrauensarzt ein Arzt gebürt werde, der dem Vertrauen des Arbeiters besitze u. s. w. Diese Anregungen finden in späteren Anträgen unserer Genossen Ausdruck. Der Antrag Dr. Kruse, dessen Motiven außer unseren Genossen die große Mehrheit zustimmte, wurde gegen 5 Stimmen abgelehnt. Die Vorlage schlägt als Wahlzeit 5 Jahre vor. Unsere Genossen beantragten in Uebereinstimmung mit einer Petition der Arbeitervertreter die Wahlzeit wie bisher auf 4 Jahre festzusetzen und je die Hälfte alle zwei Jahre anscheiden zu lassen. Der Antrag wurde abgelehnt. § 47 lautet nun in der neuen Fassung: „Jedes Schiedsgericht besteht aus einem ständigen Vorsitzenden und aus Beisitzern. Die Zahl der Beisitzer wird durch das Statut bestimmt und muß aus der Klasse der Arbeitgeber und der Verletzten mindestens je sechs betragen. Der Vorsitzende wird aus der Zahl der öffentlichen Beamten, mit Ausschluß der Beamten derjenigen Betriebe, welche unter dieses Gesetz fallen, von der Zentralbehörde des Bundesstaates, in welchem der Sitz des Schiedsgerichts belegen ist, ernannt. Für den Vorsitzenden ist in gleicher Weise mindestens ein Stellvertreter zu ernennen. Die Beisitzer werden nach näherer Bestimmung des Statuts zur einen Hälfte von der Genossenschaft gewählt. Wählbar sind die stimmberechtigten Genossenschaftsmitglieder, sowie die von denselben bevollmächtigten Leiter ihrer Betriebe, sofern sie weder dem Vorstände der Genossenschaft, noch dem Vorstände einer Sektion, noch den Vertrauensmännern angehören und nicht durch gerichtliche Anordnung in der Verfügung über ihr Vermögen beschränkt sind. Die andere Hälfte der Beisitzer wird aus der Zahl der im Bezirke des Schiedsgerichts wohnenden, den Bestimmungen des § 41 Absatz 2 genügenden und dem Arbeiterstande angehörenden Personen seitens der Vorstände derjenigen Orts-, Betriebs-, (Fabrik-, Bau- und Zünfte-, Krankenkassen, sowie derjenigen Knappschaftskassen gewählt, welche in dem Bezirke des Schiedsgerichts ihren Sitz haben und welchen mindestens zehn in Betrieben der Genossenschaftsmitglieder beschäftigte versicherte Personen angehören, unter Ausschluß der Vertreter der Arbeitgeber. Wahlberechtigt sind auch Vorstände derjenigen freien Hilfskassen und auf grund landesgesetzlicher Vorschriften errichteter Hilfskassen, welche die im § 75 a des Krankenversicherungs-Gesetzes vorgesehene Bescheinigung erhalten haben und deren Bezirk sich über den Bezirk des Schiedsgerichts nicht hinaus erstreckt, sofern diesen Hilfskassen wenigstens 10 in Betrieben der Genossenschaftsmitglieder beschäftigte versicherte Personen angehören. Das Wahlverfahren wird durch ein Regulator geregelt, welches das Reichs-Versicherungsamt erläßt. Das Wahlverfahren leitet ein Beauftragter der Landes-Zentralbehörde. Die Wahlen sind geheim, doch sind mit öffentlicher Zustimmung Affirmationswahlen zulässig. Die Wahl erfolgt auf fünf Jahre. Die Gewählten bleiben nach Ablauf dieser Zeit so lange im Amt, bis ihre Nachfolger ihr Amt angetreten haben. Die Ausscheidenden sind wieder wählbar.“ Zu § 48 gab die Regierung, „Personen, welche die Wahl ohne zulässigen Grund ablehnen oder sich der Ausübung ihres Amtes ohne hinreichende Entschuldigung entziehen, werden vom Vorsitzenden mit Geldstrafen bis zu 500 M. belegt.“ zu mehreren Anträgen Anlaß. Unsere Genossen beantragten Streichung, event. folgenden Zusatz: „Behnt ein Arbeiter die Wahl deshalb ab, weil für ihn begründete Beschränkung besteht, daß er für den Fall seiner Theilnahme an den Sitzungen aus dem Arbeitsverhältnis entlassen werde oder entzieht er sich aus gleichem Grunde der Ausübung seines Amtes, so hat der Arbeitgeber die dem Arbeiter auferlegte Strafe diesem zu ersetzen und hat eine Geldstrafe in gleicher Höhe an die Krankenkasse, deren Mitglied der Arbeiter ist, zu zahlen.“ Abg. Köstler beantragt, statt vom „Vorsitzenden“ zu setzen: „auf Antrag des Vorsitzenden vom Reichs-Versicherungsamt.“ Der Antrag unserer Genossen wurde abgelehnt, der des Abg. Köstler gelangte zur fast einstimmigen Annahme. Gegen 5 Uhr wurde die Sitzung geschlossen und auf heute um 10 Uhr vertagt.

Partei-Nachrichten.

Auf die Beschwerde, die die Parteigenossen in Frankfurt a. M. über das Auftreten der Polizei bei der Vernehmung der Frau Trompeter an Magistrat und Stadtverordneten gerichtet haben, hat der Magistrat folgendes erwidert: „Es ist den Unterzeichnern der Eingabe zu erwidern, daß die in derselben enthaltene Beschwerde über das Verhalten von Polizei-Organen, insbesondere eines Polizeikommissars, bei der denselben unmittelbar vorgesetzten Behörde, dem königl. Polizeipräsidium, einzubringen ist, und daher den Antragstellern überlassen bleiben muß, in dieser Richtung das weitere zu veranlassen.“

Der Magistrat scheint aber selbst gefühllos zu haben, daß diese formale Behandlung der Sache völli ungenügend ist, denn in der Stadtverordneten-Versammlung erklärte er, nachdem er den Stadtverordneten die eben erwähnte Antwort an die Beschwerde-führer mitgeteilt hatte, er sei mit dem Polizeipräsidium in

Verbindung getreten, um zu erörtern, wie derartige, in der Beschwerde gerügte Vorkommnisse auf den Friedhöfen in Zukunft zu vermeiden seien.

Gemeindevorwahl. In dem in der Nähe Hamburgs liegenden holländischen Dorfe Lokstedt sind bei der Gemeindevorwahl am Dienstag in der dritten Wählerklasse die von der sozialdemokratischen Partei aufgestellten Kandidaten, Genossen Karl Neumann und M. Heinsen, gewählt worden. Es ist dies das erste Mal, daß Sozialdemokraten in die Gemeindevorwahl Lokstedts eingehen.

Die Tage in Hamburg.

Unser Korrespondent berichtet: Die Vertreter der schwarzen Schauerleute haben dem in der gestrigen Nummer des „Vorwärts“ erwähnten Vorschlage der Senatskommission zugestimmt, wonach am 8. März eine gemeinsame Sitzung mit den Kohlenimporteuren zwecks Beilegung der Differenzen über den Revers abgehalten werden soll: sie werden am Sonntag ihre Delegirten wählen. Wie die Importeure sich dazu verhalten wollen, ist noch nicht bekannt. Jedenfalls waren sie am Mittwoch Nachmittag fest gewillt, die Arbeiter, die den Revers nicht unterschrieben hatten, auszusperrn. Das zeigt ein in den hiesigen bürgerlichen Zeitungen erlassenes Infurat, worin 500 kräftige Arbeiter zur Entlassung von Kohlendampfern sofort gesucht werden gegen hohen Akkordlohn und feste Anstellung auf ein Jahr und länger.

Ganz wie während des Streiks. Horrender Verdienst und „feste Stellung“ wird in Aussicht gestellt, um Leute heranzulocken, die ihren Arbeitsbrüdern in den Rücken fallen sollen, und hinterdrein sind die Herren Importeure gar nicht im Stande ihr Versprechen einer festen Anstellung zu halten, denn es ist nicht immer Arbeit vorhanden und den verheißenen Verdienst haben die Leute bei weitem nicht. Wie in verschiedenen Gerichtsverhandlungen unter Eid bekundet ist, haben die Streikbrecher, die Kohlen löschten, pro Tag etwa 3 M. verdient. Es sind aber, wie noch bemerkt werden mag, nicht alle Importeure in dem im Dezember v. J. gegründeten Verein der Importeure. Eine sehr große Firma, die nicht mit darin ist, verlangt deshalb von ihren Leuten die Unterschreibung des Reverses nicht, sondern hat erklärt, daß sie die alten Leute ruhig fortarbeiten lassen wird, wenn es wirklich zur Aussperrung kommen sollte.

Etwas post festum, aber zur Charakterisirung der Polizeimaßnahmen während des Streiks doch noch früh genug kam am Mittwoch ein Urtheil des hiesigen Schöffengerichts, III, das von allen Hamburger Gerichten bisher in Streiksachen die schwersten Strafen erkannt hat. Angeklagt war der Weigehilfe M. wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt, Nichtbefolgung einer polizeilichen Anordnung und Uebertretung der Straßenordnung. M. stand am 3. Januar, also während des Streiks, auf der am Jonashafen entlang laufenden Straße Vorsehen und „schnappte Luft“, wie es im Urtheil heißt. Nun hatte aber die oberste Polizeibehörde ihre Organe angeordnet, während des Streiks niemanden auf den Straßen in der Nähe des Hafens stehen zu lassen. M. hatte deshalb auch kaum einen Augenblick dort gestanden, als der Schuttmann Wohlgehohe an ihn herantrat und zum Weitergehen aufforderte und ihn schließlich, als er der Aufforderung keine Folge leistete, in den Nacken faßte, um ihn zur Wache zu transportieren. M. rüßte sich los und erklärte, freiwillig mitzugehen, was dann auch geschah. In der Folge wurden dann die angegebenen Anlagen gegen M. erhoben. Auf Antrag des Anwalts Dr. v. Böhl erklärte das am 2. März im hiesigen bürgerlichen Gerichte meldeten sich Morgens einige Mann auf dem Bureau der Importeure, sie würden jedoch mit dem Bemerkten abgewiesen, daß Arbeit nicht vorhanden sei. Es dürfte also hoffentlich am Montag zu einer gütlichen Beilegung der Differenzen doch noch kommen.

Vor Schluss des Blattes wird noch gemeldet: Eine Aussperrung der schwarzen Schauerleute, die zu Donnerstag seitens der Importeure beschlossen war, hat nicht stattgefunden. Alle alten Leute sind, soweit eben Arbeit vorhanden war, wieder eingestellt, ohne dem Revers unterschrieben zu haben. Die Importeure haben dem Vorschlage der Senatskommission stattgegeben. Auf das Infurat in hiesigen bürgerlichen Zeitungen meldeten sich Morgens einige Mann auf dem Bureau der Importeure, sie würden jedoch mit dem Bemerkten abgewiesen, daß Arbeit nicht vorhanden sei. Es dürfte also hoffentlich am Montag zu einer gütlichen Beilegung der Differenzen doch noch kommen.

Nach einer Mittheilung, die der „Hamb. Kor.“ über eine Versammlung in Ottensen brachte, führte der Vorsitzende derselben über die Frage, wie die Schulden vom Hamburger Streik zu decken seien, das folgende aus: Es seien 257 000 M. Schulden zu bezahlen. Alle diejenigen Personen, die mit dem Streik einverstanden gewesen seien, müßten zur Deckung beitragen. Einige Darlehen seien schon in diesem Monat zurückzubekommen. Es seien in Hamburg und Umgegend 800 000 M., im übrigen Deutschland 600 000 M. Rückstellungen für die Streikenden aufgebracht worden. Es würde die Ausgabe von Marken im Betrage von 30 Pf., 50 Pf. und 1 M. zur Deckung der Schulden beschlossen.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgebung. Die Puhler beschloßen, vom 15. März ab 25 Pf. pro Woche an den Streikfonds abzuführen. Den Versuchen der Unternehmer, den Minimallohn von 7 M. pro Tag herunter zu drücken, soll entschieden entgegengetreten werden.

Die Bildhauer nahmen in der Versammlung am Dienstag, den 2. d. M., Stellung zu der Frage: „Kann der Verein seinen Mitgliedern das Ansuchen nach Arbeit gestatten und läßt es sich reguliren, daß es nicht schädigend wirkt?“ Nach eingehender Diskussion, in der besonders die Vermittlung von Rund zu Rund scharf verurtheilt wurde, fand folgende Resolution einstimmig Annahme: Die Versammlung verpflichtet die Kollegen, jede Bekämpfung der Stellenvermittlung rechtzeitig mitzutheilen. Diefelbe befindet sich nach wie vor Anwesenheit 16 im Vereinslokal.

Die Kellner beabsichtigen, im kommenden Frühjahr energischer denn je gegen die Privat-Stellenvermittler vorzugehen. In nächster Zeit sollen zu diesem Zwecke Versammlungen abgehalten werden.

Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Kürschnerbranche legten in ihrer Versammlung vom 1. d. M. es ab, den im Mai in London tagenden zweiten internationalen Kürschner-Kongress zu beschicken. Die Frage, ob es möglich sei, den Tarif in der Kürschnerbranche zur Durchführung zu bringen, wurde, da der jetzige Zeitpunkt den Arbeitern ungenügend, bis zur nächsten Saison vertagt.

Deutsches Reich. Die Nagelschmiede der Nagelfabrik in Sande bei Vergedor erreichten durch gütliche Verhandlung mit der Direction eine fünfprozentige Lohnerhöhung. Außerdem soll das Puhlen der Maschinen, das bisher am Sonnabend jeder Woche nach Feierabend gemacht werden mußte, künftig in der letzten halben Stunde der am Sonnabend bis zwei Uhr nachmittags während der Arbeitszeit verrichtet werden.

Das Gewerkschaftskartell in Bremen veröffentlicht soeben seinen Rechenschaftsbericht auf das Jahr 1896. Die Organisationsbestrebungen der Arbeiter, gefördert durch die bessere Geschäfts-Konjunktur, haben im verfloßenen Jahre gute Erfolge gezeitigt. Die Abrechnung des Kartells schließt in Einnahme und Ausgabe mit 17 789,92 M. Zur Unterhaltung des Kartells fielen die einzelnen Gewerkschaften pro Quartal und Mitglied 5 Pf. Von den 13 640

gewerblichen Arbeitern und Arbeiterinnen Bremens sind 5135 organisiert, mithin 88 pCt. In einer vom Kartell aufgenommenen interessanten Statistik ist über das Verhältnis von Lohn und Arbeitszeit folgendes ermittelt:

An Durchschnittslohn wird verdient in	8 Gewerkschaften bei 9-9 1/2 stündiger Arbeitszeit	23,21 M.
11	10	19,10
8	10-11	16,80
2	12	16,20
1	12-13	16,00
1	14-15	18,00

Damit bestätigt sich aufs neue, daß bei kürzerer Arbeitszeit fast allgemein ein höherer Lohn erzielt wird.

Sächsisches. Der Stadtrath von Mittweida hatte am 18. Oktober eine Maurer-Versammlung verboten, weil der in Aussicht genommene Referent, Genosse Paul aus Hannover, als „gewerbemäßiger sozialdemokratischer Agitator“ zu Gesetzes-Übertretungen oder unflätlichen Handlungen verleiten könne. Auf erhobene Beschwerde hat jetzt endlich die Kreishauptmannschaft Leipzig entschieden, daß die Voraussetzungen des Stadtraths nicht zutreffend sind.

In Waldheim hat der Stadtrath eine Versammlung der Tabakarbeiter verboten, weil Genosse Reichstags-Abgeordneter Franz Hofmann, der selbst Tabakarbeiter ist, sprechen sollte. Die Begründung ist dieselbe, wie sie als nicht zutreffend beim Mittweider Falle lautete.

Das trotz oberbehördlicher Einwirkungen derartig unzutreffende Auslegen des Gesetzes immer und immer wieder vorkommen, zeigt, wie notwendig die Schaffung eines obersten Verwaltungs-Gerichtshofes in Sachen ist. Mag ein solcher Gerichtshof das Vereinsgesetz noch so reaktionär auslegen, schlimmer als jetzt in vielen Orten Sachsen die Lokalpolizei gegen die Arbeiter-versammlungen verfährt, kann es nicht werden. Wenigstens würde durch ein Oberverwaltungsgericht die jetzt vollständig mangelnde gleichmäßige Handhabung des Vereinsgesetzes herbeigeführt werden.

Ueber den von den Ultramontanen gegründeten Verein von Eisenbahnarbeitern Bayerns berichtet die „Frankfurter Zeitung“: Die Regierung betrachtet diese Gründung mit sehr getheilten Gefühlen, denn man könnte den Sozialdemokraten nicht mehr entgegenzutreten, wenn diese ebenfalls eine Organisation unter den Eisenbahnarbeitern ins Leben rufen würden, da ihnen nicht verboten werden kann, was man bei dem Zentrum unbezweifelnd läßt. Wie man hört, ist eine Entschliebung der Regierung zu erwarten, in der erklärt wird, daß man nur humanitäre und technische Vereinigungen unter den Eisenbahnarbeitern zulassen werde.

Das bayerische Zentrum hat sich durch die Gründung des Eisenbahnarbeiter-Vereins, dessen Hauptzweck Verbesserung des Arbeitsverhältnisses ist, eine schöne Suppe eingebracht. Die katholischen Eisenbahn-Arbeiter werden bald merken, wie wenig auf die Arbeiterfreundlichkeit des Zentrums Verlaß ist.

Der Diamantarbeiter-Streik in Hanau dauert fort. Da die Diamantarbeiter Hollands wegen ihrer Differenzen in Amsterdam jetzt keine Unterstützung nach Hanau senden können, so bitten die Diamantarbeiter Hanau's die Arbeiter Deutschlands aufzuringeln, ihnen finanziell beizustehen. Bekanntlich handelt es sich bei dem Streik um die Abwehr einer Lohnreduktion von 10-40 pCt. Der Durchschnittsverdienst betrug bisher schon nur wenig über 20 Mark. Wenn der Streik verloren ginge, so würde das aber nicht nur eine bedeutende Verschlechterung der Lohnverhältnisse nach sich ziehen, sondern auch die Organisation der Diamantarbeiter auf Jahre hinaus lahm legen. Die Arbeiter Deutschlands werden hieraus ersehen, daß die Unterstützung der Hanauer Diamantarbeiter im allgemeinen Interesse liegt.

Ausland. Der Gasarbeiterstreik in Brüssel dauert fort, die Versuche, weitere Streikbrecher zu engagiren, sind mißglückt.

Unternehmer-Verbände.

Die rheinisch-westfälischen Kohlenzechen machen nach wie vor die glänzendsten Geschäfte. Die „Hamb. Nachrichten“ schreiben darüber unterm 3. März: „Für nächstjährige Kohls-Abschlüsse werden von dem Syndikat höhere Preise verlangt, sie werden aber seitens der Verbraucher dem Vernehmen nach anstandslos bewilligt. Ebenso werden für Kohlen-Abschlüsse die um durchschnittlich abermals 50 Pf. für eine Tonne gegen 1897 erhöhten Preise für 1898 gern zugebilligt und es macht sich allenthalben nach wie vor das Bestreben bemerkbar, auf längere Zeit zu kaufen, — ein Zeichen dafür, daß man in weiten Kreisen ein Nachlassen des heiligen guten Geschäftsganges vorerst nicht erwartet. Die Nachfrage nach Preßkohlen ist ebenfalls nicht zu befriedigen.“ Weiter schrieb das Bismarck'sche Blatt: „Die Hüttenwerke sind um Kohlen anbauend mehr oder weniger dringend verlegen und die Rückstände der Liefernden zeichnen sich, namentlich in Zeitzörderkohlen, Lokomotivkohlen, Koks und Gaskohlen, noch wesentlich vergrößert. Bei dem herrschenden Arbeitermangel, durch den besonders auch die jüngst in Betrieb gesetzten „Syndikatschächte“ in ihrer Weiterentwicklung recht empfindlich gehemmt werden dürften, ist vorläufig keinerlei Aussicht darauf vorhanden, diese Rückstände zu beseitigen, da die Förderung aus dem genannten Grunde einweilen nicht mehr gesteigert werden kann. Auch bei den Staatsbahnen werden die Rückstände in den Marken bestimmter Zechen immer größer, so daß zur Lieferung von Lokomotivkohlen u. s. w. andere Zechen mit herangezogen werden müssen. Aus dem Kohlsmarkt haben sich die früher erwähnten Verlegenheiten gleichfalls lediglich noch verschärft, die für die Monate Januar und Februar erwarteten Mengen Koks sind dazu von den Verbandszechen nicht voll hergestellt worden, so daß den Anforderungen der Verbraucher auch nicht im entferntesten genügt werden kann.“

Trotz dieses außerordentlich guten Geschäftsganges, der den Preis von Kohlen und Koks sorgfältig steigert, hört man nur von wenigen Zechen, daß sie die Löhne der Vergleute erhöhen hätten. Zu solchem Zwecke werden freilich die Unternehmerdiskontakte nicht gegründet; die Arbeiter müssen sich selbst regen, wenn sie an den Vorteilen der guten Konjunktur theilnehmen wollen.

Ein Kartell der österreichischen Spinnereien ist in der Bildung begriffen. Es soll bereits 2 200 000 Spindeln umfassen. Zweck des Kartells ist, durch Gewährung von Exportprämien die Ausfuhr zu fördern und dadurch den österreichischen Markt zu entlasten. Ein entsprechender Fonds soll bereits aufgebracht sein. Mit dem sächsischen Spinnerverein soll ein größerer Abschluß erzielt sein.

Soziales.

Als Belohnung für „Treu in der Arbeit“ beabsichtigen, nach einer Mittheilung des „Konfektionärs“, viele Chefs der Konfektions-Branche, einen Fonds zu gründen, woraus Mäntelherinnen, welche lange Jahre in ein und derselben Werkstatt gearbeitet haben, unterführt werden sollen. Dazu wird uns aus beteiligten Kreisen geschrieben: Die Konfektionäre mögen nur dahin streben, daß den Arbeiterinnen nicht fortwährend vom Lohn abgezogen wird. Mit Almosenvertheilen schafft man keine gebornen Zustände. Im übrigen ist es höchst merkwürdig: Gegen die geringste sozialpolitische Verpflichtung sträubt man sich mit Händen und Füßen und dann schießt das Herz aus Furcht über, die armen Mäntelherinnen wieder über. Natürlich, diese Fürsorge macht Klammern und kostet nicht viel!

Tuberkulbazillen im Staube der Montirungskammer hat der Ober-Stabsarzt Dr. M. Kirchner gefunden, und zwar in der Montirungskammer einer Infanterie-Kompanie in Braunschweig. (Der Fall ist mitgeteilt in der „Zeitschrift für Hygiene und Infektionskrankheiten“, Band 21.) Die Aufmerksamkeit des betr. Bataillonsarztes hatte sich auf jene Kammer gelenkt infolge der Beobachtung, daß im Herbst 1896 ein Feldwebel, im Juni 1894 ein

Sergeant und im Mai 1895 wieder ein Sergeant mit Lungen-
tuberkulose zur Behandlung gekommen waren, welche alle drei
vorher längere Zeit den Dienst als Kammer-Untersoffiziere ver-
lehen und viel auf jener Kommer zu thun hatten. In
dem dieser Kammer entnommenen und untersuchten Staub sind
nun die Tuberkelbazillen in lebensfähigem Zustande gefunden
worden. In dem Bericht heißt es: „Der Nachweis der Tuberkel-
bazillen in dem Staub einer Kammer, welche drei an Tuberkulose
erkrankten Kammerknechte Monate lang als Arbeitsstätte gedient
hatte, spricht mit an Gewissheit grenzender Wahrscheinlichkeit für die
Tatsache, daß diese Leute sich durch Einatmung jenes Staubes mit
Tuberkulose infizierten.“ Um solchen Infizierungen vorzubeugen,
würde die Behandlung der Montierungsräume mit stromendem
Wasserdampf sehr wirksam sein. Leider leidet darunter das Tuch
und das Lederzeug.“ Der genannte Arzt glaubt, daß im Formaldehyd
ein Mittel gefunden worden ist, um Kleider wirksam zu infizieren,
ohne die Kleider zu schädigen.

Das hier in einem militärischen Betriebe vorkam, wo den An-
forderungen in Beziehung auf Lüftung der Räume und Reinhaltung
derselben sowie der Monturen sicherlich in exemplarischer Weise
entsprochen wird, das wird viel häufiger in den Privat-
betrieben festzustellen sein, wo Stoffe und Kleider hergestellt
werden, ohne daß auf die Verhütung der Übertragung von
Krankheitskeimen auf die Stoffe Rücksicht genommen wird, noch
auch — wie bei der Hausindustrie — genommen werden kann. Die
Arbeiter und Arbeiterinnen der Konfektionsindustrie fordern mit
aus diesem Grunde das Verbot der Hausindustrie, beziehentlich
die Errichtung von Betriebswerkstätten und sanitäre Kontrolle der-
selben. Die Kommission für Arbeiterstatistik hat aber nicht finden
können, daß durch die bisherige Betriebsweise der Konfektion dem
Publikum in gesundheitlicher Beziehung Gefahren erwachsen. Eine
gegen die Hausindustrie gerichtete Petition der Sattler hat der
Kriegsminister gar keine Antwort gewährt.

In der Stumm'schen Regierungskammer ist leider nicht daran zu
denken, daß man den Forderungen der Arbeiter entsprechen wird.
So werden die Lungenentzündung, die Diphtherie, das Scharlach
und wie all die Seuchen heißen, noch weiter die Bevölkerung
bedrängen.

Gerichts-Beitrag.

Die wichtige Frage, ob die Gewährung von Kranken-
hausunterstützung als Armenunterstützung aufzufassen ist und des-
halb Nichtzahlung von Krankenhausunterstützung den Ver-
lust des politischen Wahlrechts nach sich zieht, ist bekanntlich
von der Stadtverordneten-Versammlung in Berlin ver-
neint. Gegen den dahin gehenden Beschluß hatte der Magistrat
Klage eingelegt, bezüglichen gegen den Beschluß der Stadt-
verordneten, der die Bürger für wahlberechtigt erachtete, deren
Steuerstufe dadurch unter 900 M. sinkt, daß ihr Einkommen
wegen unumgänglicher Kinder unter 900 Mark herabgesetzt wird.
Der Bezirksausschuß gab der ersten Klage statt und wies die zweite
ab. Hiergegen trat der Magistrat die Entscheidung des Ober-Ver-
waltungsgerichts an. In dem Termin im Juli vertrat den Magistrat
Stadttrath Böhm, die Stadtverordneten-Versammlung Justizrath
Mejer und eine Reihe Interessenten Abgeordneter Stadthagen.
Nach längerer Verhandlung wurde vom Gericht Beweisaufnahme
beschlossen. Nimmere steht ein neuer Termin in dieser bedeutungsvollen
Sache am 17. März vor dem Ober-Verwaltungsgericht an.

Der Bevollmächtigte von Mitgliedern eines Zentral-
verbandes als Vorsteher eines Lokalvereins. Die Mitglieder
des „Deutschen Metallarbeiter-Verbandes“ in Wei-
schau hatten den Genossen Kieper damit betraut, die Beiträge ein-
zufahren und überhaupt ihre Beziehungen zum Verbandsvorstande
zu regeln. K. nahm auch neue Mitglieder für den Verband auf.
Eines schönen Tages erhielt er eine Anklage, sich gegen die §§ 2
und 13 des Vereinsgesetzes vergriffen zu haben. Die Behörde
betrachtete die Weischauer Mitglieder des „Deutschen Metallarbeiter-
Verbandes“ als einen Lokalverein, der auf öffentliche Ange-
legenheiten einzuwirken bezwecke, und Kieper als seinen Vorsteher.
Strafbar sollte er sein, weil er nicht das Statut und das Mitglieder-
verzeichnis dieses angeblichen Vereins eingereicht hatte. Kieper
wurde denn auch vom Schöffengericht zu 30 M. eventuell
10 Tagen Haft verurteilt und das Landgericht in Kottbus
bestätigte das Urteil. In den Gründen wurde ausgeführt, daß in
Weischau in Anlehnung an den Metallarbeiter-Verband eine Anzahl
Personen, etwa 40, sich zusammengesetzt hätten, die sozialdemo-
kratischen Tendenzen huldigten und denen Kieper vor-
stehe. Es liege ein Verein vor. Weischau und Umgegend sei
ein Industriebezirk und zum Sammelplatz der Sozial-
demokratie geworden. Auch der Hauptverein, von dessen
Vorstande die Leute in Weischau die Direktive erhielten, neige zu
sozialdemokratischen Tendenzen, denn er erziehe die
Besserstellung der Lage der Arbeiter zc. Unzweifel-
haft bezwecke er die Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten.
Nach alledem sei anzunehmen, daß der Lokalverein der Metallarbeiter
in Weischau ebenfalls diesen Zweck habe. — In seiner Revision be-
zweifelt Kieper, daß der „Deutsche Metallarbeiter-Verband“ auf öffent-
liche Angelegenheiten einzuwirken wolle. Dann bezweifelt er auch ganz energisch
die Existenz eines Lokalvereins in Weischau und, daß er dessen Vor-
steher sei. Er wäre lediglich Bevollmächtigter der dortigen
Mitglieder des „Deutschen Metallarbeiter-Verbandes“. Der Straf-
senat des Kammergerichts wies democh am 4. März die
Revision zurück, indem er die Entscheidung des Landgerichts für
eine solche erklärte, deren tatsächliche Feststellungen ohne einen
Rechtsirrtum und ohne einen Mangel des Verfahrens er-
folgt seien.

Fräulein Chr. Hennek, Missionarin, Bibel- und Traktat-
verkäuferin und Schriftstellerin, stand gestern wegen einer mittel-
schweren begangenen Beleidigung vor dem hiesigen Schöffengericht.
Auf einer offenen Postkarte hatte sie dem jetzigen Magistrats-
Bureau-Diätar Franz Schulz allerlei unangenehme Dinge
gesagt und die Behauptung aufgestellt, daß sie an ihn
eine berechtigte Forderung habe, auf deren Befriedigung
er nun endlich bedacht sein solle. Herr Schulz hat, ehe er seine
Stellung beim Magistrat antrat, dem Frä. Hennek vielfach schrift-
liche Arbeiten geleistet, während welcher ihm hier und da ein
Butterbrot, auch wohl ein Mittagbrot vorgesetzt wurde. Hierfür
verlangt das alte Fräulein Ersatz. Da sie die Postkarte nur an
den Magistratssekretär Schulz adressiert hatte und dieser Name
unter den Beamten des Magistrats sehr häufig ist, so hat die
beleidigende Karte die verschiedensten Magistrats-Bureaus durch-
laufen, hat dort viel Weiterleit erregt und der endlich heraus-
gefundene Franz Schulz fühlt sich um so mehr beleidigt, als er nach
seiner Versicherung keinerlei Verpflichtung gegen die Missionarin
hat. Der Staatsanwalt wollte das etwas absonderliche Vorgehen
der alten Dame mit 20 M. Geldstrafe geahndet wissen, der Gerichts-
hof hielt aber eine Geldstrafe von 5 M. für eine genügende Sühne.

Die Thätigkeit des 25jährigen früheren Kaufmanns Emil
Gamin als Detektiv erfuhr eine eigenartige Beleuchtung in der
Verhandlung, welche gestern vor der ersten Strafkammer des Land-
gerichts I gegen ihn stattfand. Gamin wollte den ihm zur Last
gelegten Fahrrad-Diebstahl nur begangen haben, um sich ins Ge-
fängnis zu flüchten, wo er vor den Verfolgungen seiner Feinde
sicher sei. Im Laufe der Voruntersuchung hatte er so sonderbare
Angaben gemacht, daß Zweifel an seiner Zurechnungsfähigkeit auf-
tauchten und der Gefängnisarzt, Medizinalrath Dr. Menger
mit seiner Beobachtung betraut wurde. Derselbe gab das
Ergebnis seiner Gespräche mit dem Angeklagten in folgender
Weise wieder: Der Angeklagte habe ihm erzählt, daß er zwei Jahre
lang bei dem Kriminalkommissar A. D. Weien als Privatdetektiv
thätig gewesen sei. Dann habe er für eigene Rechnung gearbeitet.
Es sei stets seine Aufgabe gewesen, die Fäden der Kriminal-
polizei zu trennen und für Angeklagte Entlastungsmaterial
zu beschaffen. Mehrere bedeutende Anwälte hätten sich
seiner bedient. Dadurch und weil er die Geheimnisse
höherer Polizeibeamte kenne, habe er sich deren Haß zu-

gezogen und solle unschädlich gemacht werden. Er sei ein eigen-
thümlicher Zufall, daß der Kriminalkommissar v. Tausch in der
Zelle gerade unter ihm saß. Es wisse auch, daß sich bei der be-
vorstehenden Hundertjahrfeier große Ereignisse abspielen würden,
er müsse darüber aber Schweigen bewahren. Der Sachverständige
meinte, daß der Angeklagte, dessen Angaben auf ihre Wahrheit
hin nicht hätten geprüft werden können, an Selbstüberschätzung in
so hohem Grade leide, daß sein Geist etwas getrübt sei, für die
von ihm begangenen Straftaten sei er aber verantwortlich zu
machen. In letzterer Ansicht gelangte auch der Gerichtshof, der den
Angeklagten, der sich auch während seiner lausnännischen Laufbahn
Unredlichkeiten hatte zu schulden kommen lassen, zu einem Jahr Ge-
fängnis verurteilte.

„Familienbuch“. Ein buchhändlerisches Unternehmen, welches
auf höchst unsolider Grundlage ruhte, gelangte gestern vor der
IV. Strafkammer des Landgerichts I zur Erörterung. Aus dem
Zuchthause zu Brandenburg wurde der Buchhändler Otto Kurze
vorgeführt, um sich wegen Betrugs und Vergehens gegen
die Konkursordnung zu verantworten, nachdem er be-
reits im vorigen Jahre wegen wiederholter Urkunden-
fälschung zu 2 Jahren 6 Monaten Zuchthaus verurteilt worden
war. Sein an sämtlichen Straftaten mitbeteiligter Bruder, der
Buchhändler Ernst Kurze, hat sich durch die Pflicht der Verstrafung
entzogen. Im Jahre 1894 wollten die Gebrüder Kurze,
welche damals eine im Verfall befindliche Druckerei besaßen,
eine Zeitschrift mit dem Titel „Familienbuch“ herausgeben. Dieses
sollte besonders bezwecken, die Konkurrenten vor ungesunden Speku-
lationen zu bewahren, damit ihnen der bereits vorhandene Besitz
erhalten bleibe. Die Gebrüder Kurze wollten eine Kommandit-
Gesellschaft gründen, sie suchten Teilnehmer und fanden deren zwei
in den Personen des Malers Höppner und der Schriftstellerin Fräulein
Reich. Es war eine grausame Ironie des Schicksals, daß diese
beiden Personen ihre Ersparnisse opfern mußten zur Grün-
dung einer Zeitschrift, welche bezweckte, vor Verlust zu be-
wahren. Es kam zwischen ihnen und den Gebrüdern Kurze zu
einem Vertrage, wonach die vier Theilhaber jeder eine Einlage
von 5000 M. zu leisten hatten. Höppner und Fräulein Reich mußten
das Geld sofort für Rechnung der zu gründenden Firma bei der
Bank für Handel und Industrie hinterlegen, die Gebrüder Kurze
behielten sich vor, dies acht Tage nach erfolgter Eintragung ins
Handelsregister zu thun. Es sollte nun die erste Probenummer in
die Welt geschickt werden, es kam aber nicht dazu. Die beiden
Kommanditisten entdeckten, daß die Gebrüder Kurze ihre vollen Ein-
zahlungen widerrechtlich abgehoben und für sich verbraucht hatten.
Der Gerichtshof verurteilte den Angeklagten wegen dieses Betrugs,
sowie wegen des ebenfalls erwiesenen Konkursvergehens durch Unter-
lassung ordentlicher Buchführung zu einer Zusatzstrafe von neun
Monaten Zuchthaus.

Der Schneidermeister Schöner, Reichenbergstr. 124, ist
gestern in einer unter Ausschluss der Öffentlichkeit geführten Ver-
handlung wegen Verletzung seines Dienstmädchens zu 500 M. Geld-
strafe verurteilt worden. Er hatte sich, wie wir seinerzeit berich-
teten, an dem 16jährigen Mädchen in stittlicher Beziehung derart
vergangen, daß es auf polizeiliche Anordnung in ärztliche Behand-
lung gegeben werden mußte. Der Staatsanwalt hatte gegen den
Angeklagten fünf Monate Gefängnis beantragt. Ob der Herr noch
im Besitze der städtischen Ehrenämter ist, die er bisher bekleidet hat,
vermögen wir nicht anzugeben.

In dem Disziplinarverfahren gegen den ersten Bürgermeister
Roll aus Gnesen hat das Ober-Verwaltungsgericht das auf Amts-
entsetzung lautende Urteil des Bromberger Bezirksauschusses
bestätigt; mit diesem Spruch ist das Urteil nun rechtskräftig ge-
worden.

Aus Prag wird der „Magdeburger Zeitung“ über einen
gegen Lehrlinge geführten politischen Prozeß berichtet: Der
Prozeß gegen die fünf Lehrlinge, die an dem Geheim-
bund „Das revolutionäre Czechien“ theilgenommen hatten, endete
mit der Verurteilung eines der Angeklagten wegen Majestäts-
beleidigung zu 18 Monaten, die anderen vier erhielten Arreststrafe
von vier Tagen bis zu vier Wochen.

Versammlungen.

Die Sonntagserhe im Droschken-Fuhrgewerbe war in der
letzten Monatsversammlung des Fachvereins Berliner
Droschkenbesitzer Gegenstand einer sehr lebhaften Debatte.
Es wurde mitgeteilt, daß in einigen Betrieben die Kutsher sich
unter Zustimmung ihrer Fuhrherren bereits dadurch selbst die Sonntag-
ruhe verschaffen, daß sie die Nacht vom Sonnabend zum Sonntag
durchfahren, nachdem sie den ganzen Sonnabend über im Dienst
gewesen sind. Ferner wurde von verschiedenen Seiten zugegeben,
daß im Droschken-Fuhrgewerbe besonders im Sommer an Sonntagen
die Benützung der Droschken lange nicht so stark sei, wie an den
anderen Tagen, da sich an den Sonntagen das Publikum unter Be-
nützung der großen Verkehrsmittel: der Stadtbahn, der Omnibusse,
der Pferdebahn, der elektrischen und der Dampfbahn zumeist nach
außerhalb begibt. Ein aus der Mitte der Versammlung
gestellter Antrag, die Sonntagserhe wenigstens zum
Theil einzuführen und an dem einen Sonntage die
Kutsher mit geraden und an dem anderen mit ungeraden
Nummern fahren zu lassen, wurde nach längerer Debatte noch
nicht definitiv angenommen, sondern es wurde beschlossen, den
Antrag der sogenannten Vierundzwanziger-Kommission zur Be-
rathung zu überweisen. Diese Kommission besteht aus Mitgliedern
sämtlicher Berliner Fachvereine des Droschken-Fuhrgewerbe und
zieht alle dieses Gewerbe betreffenden Fragen und Angelegenheiten
in den Kreis ihrer Berathung.

Rechte und Pflichten der Berliner Zimmerer, mit be-
sonderer Berücksichtigung der vorjährigen Lohnbewegung, lautete
das Thema, womit sich am Mittwoch vier von der Lohnkommission
der Zimmerer nach den verschiedenen Stadttheilen einberufene Ver-
sammlungen zu beschäftigen hatten. In allen Versammlungen stand
folgende Resolution zur Diskussion:

Die am 3. März 1897 tagende öffentliche Versammlung der Zimmerer
Berlins erklärt, nachdem sie Kenntniß von den allgemeinen Verhält-
nissen im Gewerbe genommen, von der Stellung neuer Forderungen
vorläufig Abstand zu nehmen. Die Anwesenden verpflichten sich aber,
unter keinen Umständen unter den am 9. Februar 1898 gestellten
Forderungen, nennstündige Arbeitszeit und 55 Pf. Minimallohn, zu
arbeiten, und fordern diejenigen Kameraden, welche der Noth ge-
horchend, unter dem Minimallohn arbeiten, auf, sofort die alten
Bedingungen dem betreffenden Arbeitgeber zu unterbreiten und bei
Nichtbewilligung die Arbeit niederzulegen.

Sie versichern allen denen, welche gezwungen sind, auch in diesem
Jahre für die gerechten Forderungen einzutreten, ihre volle Sympa-
thie und werden nicht versäumen, auch für materielle Unter-
stützung derselben einzutreten. Dagegen lehnen die Anwesenden jede
Gemeinschaft mit denjenigen Personen ab, welche systematisch die
Bewegung schädigen und zu Verräthern an der Sache werden.

In Lokal von Henke, Naunynstr. 27, referierte Knäpper,
der einleitend auf die im Vorjahre gefassten Beschlüsse und auf die
Erfolge der verflochtenen Lohnbewegung hinwies, sowie die traurigen
Zustände im Zimmerergewerbe schilderte. Begründet durch die mangelnde
Arbeitslegenheit und die schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse der
Arbeiter haben es mehrere Unternehmer versucht, theilweise mit Er-
folg, die Ertragsschancen der vorjährigen Lohnbewegung illusorisch zu
machen, die Arbeitszeit zu verlängern und eine Reduzierung der Löhne
herbeizuführen. Obwohl die Erhöhung des Stundenlohnes notwendig
wäre und durch die Verlängerung der Arbeitszeit den Berliner
Zimmerern theilweise finanzielle Verluste erwachsen sind, so müßte
doch davon Abstand genommen werden, um zunächst den Neu-
standtag zu befestigen und allgemein zur Durchführung zu bringen.
Der Referent kritisiert sodann in längerer Ausführungen das Verhalten
der Behörden gegenüber den Arbeitern bei der vorigen Lohnbewegung
und auch jetzt noch gelegentlich der Pfahsperrn, das im Wider-
spruch steht mit dem Ausspruch: „es müßte die vornehmste Aufgabe

des Staates sein, die schwächeren Klassen zu schützen“ und dazu
angeboten ist, das Koalitionsrecht der Arbeiter zu beschränken und
dieselben in der Erriingung besserer Arbeitsverhältnisse zu behindern.
Nachdem der Redner noch eingehend die Nothwendigkeit
einer starken Organisation, die im Stande ist, den Forderungen
der Arbeiter den gehörigen Nachdruck zu verleihen
und die Beteiligungen an den Sammlungen erörtert, sowie auf
das Kontrollsystem, mit dem gleichzeitig eine Arbeitslosen-Statistik
verbunden werden soll, aufmerksam gemacht hatte, forderte er die
Versammelten auf, jeden Versuch, die Arbeitszeit zu verlängern oder
die Löhne zu reduzieren, energisch entgegenzutreten und die Arbeit
nicht vor 7 Uhr früh zu beginnen, sowie die Akkord- und Sonntags-
arbeit zu verweigern. Den beifällig aufgenommenen Ausführungen
folgte eine längere Diskussion, in der für die Verbreitung der
Arbeiterpresse plädiert und zur Beteiligungen auch an der
politischen Organisation angepsort wurde. Von einzelnen
Rednern wurden mehrere Mißstände auf verschiedenen
Punkten bemängelt und darauf hingewiesen, daß ein Theil der Unter-
nehmer mit Vorliebe jüngere Leute von außerhalb einstellt, in der
Meinung, gefügigere und billigere Arbeitskräfte zu bekommen und
dadurch die älteren ansässigen verdrängt werden. Die obige Re-
solutions wurde sodann einstimmig angenommen. Ferner wurde den
Beschlüssen der Plagdeputirten, die Unterstützung pro Woche auf
12 M. und für jedes Kind 1 M. extra, festzusetzen und die Lohn-
kommission um zwei Mitglieder zu ergänzen, einstimmig zu-
gestimmt. Nachdem noch die Firmen verlesen worden
waren, wo die Forderungen der Berliner Zimmerer nicht
innegehalten werden, erfolgte der Schluß der Versammlung.

In der Norddeutschen Brauerei, Chausseestraße,
schilderte Th. Fischer der sehr stark besuchten Versammlung in
eingebender Weise die gegenwärtige Situation, die Vortheile der
Verlängerung der Arbeitszeit und verwies auf die Nothwendigkeit des
Zusammenschlusses. Der Redner machte sodann auf die Beschlüsse
der Plagdeputirten aufmerksam, bemängelte das Verhalten
derjenigen Kameraden, die der Bewegung fern stehen und
forderte zur energischen Durchführung der gefassten Beschlüsse
auf. Nach kurzer Diskussion im Sinne des Referats fand
auch hier die Resolution die einstimmige Annahme. Auch den Be-
schlüssen der Plagdeputirten wurde zugestimmt.

In der Versammlung im Königshof, die eben-
falls gut besucht war, hatte Obst das Referat über-
nommen, der unter lebhaftem Beifall der Anwesenden die Rechte und
Pflichten der Berliner Zimmerer erläuterte und für die Durch-
führung der gefassten Beschlüsse eintrat. Nachdem in der darauf-
folgenden Diskussion, an der sich Rückert, Pöschke, Fleischer
und Hoppe theilnahmen, noch zur Beteiligungen an den Sammlun-
gen und zum Anschluß an die Organisation angefordert worden
war, wurde die Resolution einstimmig angenommen und in der-
selben Weise den Beschlüssen bezüglich der Unterstützung und der
Ergänzung der Lohnkommission zugestimmt.

In den Fortuna-Sälen, Straußbergerstraße, beleuchtete
Kube in längerer Ausführungen die mißlichen Verhältnisse im
Zimmerergewerbe, um die Berechtigung der in der vorjährigen Lohn-
bewegung aufgestellten Forderungen nachzuweisen und forderte die
Versammelten auf, an den bekannten Beschlüssen festzuhalten.
Nach einer kurzen Diskussion wurde auch hier der Resolution
zugestimmt und die Beschlüsse der Plagdeputirten gutgeheißen. Unter
Verschiedenem wurden mehrere Pläge angeführt, wo die Forderungen
nicht gehalten werden, und die daselbst arbeitenden Kameraden auf-
gefordert, sich mit der Lohnkommission in Verbindung zu setzen, um
eine diesbezügliche Aenderung der Arbeitsverhältnisse herbeizuführen

Depeschen und letzte Nachrichten.

Büch, 4. März. (W. Z. B.) Der Verwaltungsrath der
„Schweizerischen Nordostbahn“ nahm das Reglement über die
Gehaltsverhältnisse des Personals nach der Vorlage der Direktion
an. Die erstmalige Aufbesserung erfolgt am 1. Juli d. J., die
zweite am 1. Januar 1899. In das Reglement aufgenommen
wurden die Errichtung einer Arbeiterkommission und die Bestimmung,
nach welcher während des Militärdienstes eines Angestellten das
halbe Gehalt gezahlt werden soll.

Paris, 4. März. (W. Z. B.) Der Sturm an den Westküsten
Frankreichs dauert noch an; auch aus dem Rhonethal werden Stürme
gemeldet.

Paris, 4. März. (W. Z. B.) Der „Temps“ meldet aus Toulon,
es sei Befehl ergangen, daß alle Panzerschiffe und Kreuzer, welche
sich im Arsenalbasin befinden oder sich Reparaturen unterziehen
müssen, bis Mitte März für die Einreichung in das aktive Ge-
schwader bereit sein sollen, um nöthigen Falls demonstrative
Kreuzfahrten nach der Levante unternehmen zu können.

London, 4. März. (W. Z. B.) Unterhaus. Der Staatssekretär
für die Kolonien Chamberlain erklärte, daß die Forderung der Süd-
afrikanischen Republik für den durch den Jameson'schen Einfall
verursachten moralischen und intellektuellen Schaden eine Million
Pfund Sterling (20 Millionen Mark) betrage.

Athen, 4. März. (W. Z. B.) In amtlichen Kreisen wird ver-
sichert, die Antwort der Regierung auf die Sommatton der
Mächte werde eine ablehnende sein; dieselbe werde die
Gründe auseinandersetzen, aus welchen eine Zurückberufung der
griechischen Streitkräfte und die Schaffung der Autonomie für Aetia
unmöglich sei. — Es scheint beschlossen, 8 weitere Klassen der
Reserven einzuberufen, später werde man wahrscheinlich zu einer
allgemeinen Mobilisirung schreiten.

Athen, 4. März. (Melbung der „Agence Havas“.) Der neue
Kriegsminister empfahl den Truppenbefehlshabern, die äußerste
Thätigkeit zu entwickeln, um die Armee fähig zu machen, den gegen-
wärtigen Verhältnissen ins Auge zu sehen. — Die französischen Frei-
willigen wurden überall mit Begrüßung aufgenommen.

Washington, 4. März. (W. Z. B.) Der Präsident Mac Kinley
verlas bei seinem heutigen Amtsantritt eine Botschaft an das Volk
der Vereinigten Staaten. Darin führt der Präsident unter anderem
aus, das finanzielle System bedürfe der Revision; der Geldumlauf
solle auf eine dauernde Grundlage gestellt werden. Der Frage des
internationalen Bimetallismus werde baldig erste Aufmerksamkeit
zugewandt werden. Der Kredit der Regierung, die Integrität des
Geldumlaufs und die Unerschbarkeit der bestehenden Verpflichtungen
müssen gewahrt werden. Der Präsident betonte sodann die Noth-
wendigkeit strengster Sparsamkeit in jedem Zweige der öffentlichen
Ausgaben. Die feststehende Politik der Regierung sei, die Masse der
Einnahmen aus der Besteuerung der fremden Erzeugnisse zu
erhöhen und direkte Besteuerung, außer in Kriegszeiten, zu
vermeiden. Der leitende Grundsat der auf Erhöhung der Ein-
nahmen mittels der Einfuhrzölle gerichteten Tarifgesetzgebung
sei, die einheimischen Industrien und die Entwicklung des
Landes zu schützen und zu fördern. Pflicht des Kongresses sei es,
den Fehlbeträgen ein Ende zu machen durch eine Schutzoll-Gesetz-
gebung, welche die festeste Stütze des Staatsschatzes sei. Die Politik
der Vereinigten Staaten ist stets gewesen, die Beziehungen des
Friedens und der Freundschaft zu allen Nationen zu pflegen und
sich frei zu halten von Verbindungen, sei es als Verbündete, sei es
als Feinde. Der Präsident empfahl sodann dringend den schieds-
gerichtlichen Weg als die wahre und beste Art, internationale
Zwistigkeiten zu schlichten und sprach in warmen Worten seine
Zustimmung zu dem Schiedsgerichtsvertrage mit England aus. Er
verbreitete sich hierauf über die Nothwendigkeit, daß das Gesetz und
die Ordnung von allen Klassen der Bevölkerung hochgehalten und
daß den ungeseligen Vereinigungen des Kapitals als Trübs zu
wilkürlicher Beherrschung des Handels oder zur Unterdrückung des
Volkes auf irgendwelche Art Widerstand entgegengesetzt werden müsse.
Eine Verbesserung der Einwanderungs- und Naturalisations-
gesetze in der Richtung, unerwünschte Einwanderer fernzuhalten, sei
dringend nothwendig.

Der Präsident schloß, indem er seine Absicht kundgab, eine
außerordentliche Session des Kongresses zum 15. März einuberufen,
in welcher über die Frage der Tarifrevision berathen werden soll.
Die Rubrikfrage wird in der Botschaft nicht erwähnt.

Ueber die Wirren im Orient

sprach Genosse Bebel am Mittwoch im überfüllten Saale des Kongresshauses Sanssouci, der kurz nach 8 Uhr polizeilich abgesperrt wurde. Der Redner sagte etwa folgendes: Gegenwärtig ist wieder das Augenmerk der gesammten Kulturwelt nach dem Orient gerichtet. Früher konnte Europa den fortgesetzten in der Türkei ausbrechenden Unruhen theilnahmlos zusehen. Jetzt dagegen haben alle europäischen Mächte ein Interesse an dem Schicksal der Türkei, namentlich an der Frage: Wer soll Herr von Konstantinopel werden? In erster Linie ist es Russland, welches danach trachtet, nicht nur das Schwarze Meer unumschränkt zu beherrschen, sondern auch Konstantinopel in seinen Besitz zu bekommen. Das ist — wie man sagt — schon in dem Testament Peter des Großen als Ziel der russischen Politik angegeben worden. Russland, das größte Reich der Welt, hat im Verhältnis zu der ungeheuren Ausdehnung seines Landes nur sehr wenig Meeresküsten. Im Interesse seines sich mehr und mehr entwickelnden Handels muß es naturgemäß bestrebt sein, noch weitere Meeresküsten und brauchbare Häfen in seine Gewalt zu bekommen. Allmählig gelang es ihm ja, im Osten Asiens bis an das lamaschabalische Meer vorzudringen, auch hat der Friedensschluß zwischen China und Japan seine Position in den östlichen Meeren derart gestärkt, daß dieser Machtzuwachs Russlands den englischen Interessen in Indien gefährlich werden muß. Am Schwarzen Meere dagegen sieht Russland das Ziel seiner Wünsche noch nicht erreicht. Zwar hat es durch den Krimkrieg eine Reihe bedeutender Hafenstädte bekommen, aber worum es sich vornehmlich handelt, das ist der Besitz des Bosporus und der Dardanellen, wodurch ihm der Weg ins Mittelmeer eröffnet wird. Im Besitz von Konstantinopel kann Russland jedem Schiffe den Durchgang ins Schwarze Meer wehren, dagegen ist es selbst in der Lage, Schiffe und Soldaten nach Belieben ins Mittelmeer zu senden. Hieraus erklärt es sich, daß Russland ein Interesse hat, Unruhen in der Türkei zu erregen, um so in den Besitz derselben zu kommen. Diers sagte ganz richtig, wenn Russland erst einen Fuß auf den Bosporus und den andern auf den Sund setzt, dann ist es mit der Freiheit Europas vorbei. Die Interessen aller europäischen Mächte sind mehr oder minder denen Russlands entgegengekehrt. Italien, Frankreich und England können nicht ruhig zusehen, wenn Russland im Begriff ist, eine entscheidende Stellung im Mittelmeer einzunehmen, und damit auch den Sueskanal, den Seeweg nach Indien und Ostasien, zu beherrschen. Wegen der Beherrschung des Sueskanals kämpft England um Erhaltung seiner Position in Ägypten mit Frankreich und Russland. Wenn Russland die Balkanhalbinsel in seine Gewalt bekäme, dann würde die strenge Abgeschlossenheit des russischen Handels auch auf diese Länder ausgeübt werden, wodurch der Handel Englands, Frankreichs und Deutschlands einen schweren Schlag bekäme. Für uns in Deutschland handelt es sich aber nicht nur darum, daß Russland durch den Besitz des Balkan unsere handelspolitischen Interessen schädigt, sondern auch um die Frage, ob Deutschland auf die Dauer seine Ostseeprovinzen behaupten kann. Russlands Interesse fordert die Einverleibung dieser Provinzen, damit es in der Ostsee eisfrei, für den Handel brauchbare Häfen bekomme. Das ist für Russland ebenso wichtig, wie der Besitz des Bosporus. Aus diesem Gesichtspunkt betrachtet, hat Deutschland ein großes Interesse an dem Ausgang der Ereignisse im Orient. Man sieht in Deutschland dieser Frage läßt gegenüber. Bismarck sagte bekanntlich, das bische Herzogtum wäre nicht die Knochen eines pommerischen Grenadiers wert. Diese Auffassung ist meiner Meinung nach grundfalsch. Bismarck suchte sich nach dem französischen Kriege mit Russland auf freundschaftlichen Fuß zu stellen und ließ ihm freie Hand im Orient. Er war nach dem Zeugnis des Fürsten Gortschakow auf dem Berliner Kongress russischer als die Russen selbst. Als 1886 der Battenberger Ost-Rumelien mit Bulgarien vereinigte, was allerdings dem Berliner Vertrag entgegen war, verurteilte Bismarck diese Politik des Battenbergers, wogegen die gesammte deutsche Presse entgegengekehrter Meinung war; es sah eben jeder ein, daß durch die Schaffung selbständiger Staaten auf der Balkanhalbinsel der Macht Russlands Schranken gesetzt würden. Es wäre das befürchtete, wenn alle von den Türken beherrschte Staaten ihre Selbständigkeit erlangten. Es giebt Politiker, welche meinen, die Erhaltung der Türkei liege im Interesse Europas. Für mich unterliegt es keinem Zweifel, daß die türkische Herrschaft — das hat das letzte Jahrzehnt bewiesen — unfähig und im höchsten Grade kulturfeindlich ist. Sie hat im letzten Jahrhundert nichts gethan, was als Kulturfortschritt gelten kann. Der Türke mag vielleicht gegenüber dem Griechen und Armenier der bessere Mensch sein, aber er ist so indolent, daß aus den Reichen des türkischen Volkes eine Bewegung zum Besseren nicht zu erwarten ist. Die Bestrebungen der Jungtürken — Leute, welche sich europäische Bildung angeeignet haben und Reformen im europäischen Sinne durchzuführen wollen — sind ohne jede Aussicht. Russland, so rüchlos wie es auch ist, befindet sich auf dem Wege der Entwicklung, die eines Tages den Jaren und die Regierung zu staatlichen Reformen zwingen wird. In der Türkei ist nicht daran zu denken, von ihr ist kein Fortschritt zu erwarten, daher erklärt sich der Wunsch, die türkische Herrschaft beseitigt zu sehen. Dazu kommt der Umstand, daß auf der Balkanhalbinsel nicht türkische Völkerschaften unter türkischer Herrschaft stehen. Diese ringen naturgemäß nach Freiheit und Selbständigkeit, und jeder freiheitsliebende Mensch tritt auf ihre Seite. Es ist bekannt, daß die Sozialdemokratie immer für das volle Selbstbestimmungsrecht des Volkes eingetreten ist. Wenn wir also sehen, daß Völker gegen ihren Willen beherrscht werden, so haben wir die Pflicht, uns auf die Seite derer zu stellen, die den Willen bekunden, sich von der Fremdherrschaft zu befreien. Solche Bewegung zu unterstützen, liegt im Interesse der Kulturentwicklung. Der größte Theil der Balkanhalbinsel ist schon der türkischen Herrschaft entzogen, und es ist nur eine Frage der Zeit, wann auch für diejenigen Völker, die noch, obgleich nicht-türkischer Abstammung, von den Türken beherrscht werden, die Stunde der Befreiung schlägt. Gegenwärtig steht die kritische Frage auf der Tagesordnung. Ueber Kreta, eine verhältnismäßig kleine Insel mit dünn gefähter Bevölkerung griechischen Stammes, konnten die Türken ihre Herrschaft von je her nur behaupten in fortgesetzten Kämpfen mit der Bevölkerung, die auf beiden Seiten grausam und barbarisch geführt wurden. Das war bis heute so. Nun steht fest, daß die Einwohner Kretas ihren Wunsch nach Vereinigung mit Griechenland kundgethan haben, was nur durch das Einschreiten der europäischen Mächte verhindert wurde, die natürlich demütht sein müssen, einen Ausgleich herbeizuführen, um einen allgemeinen europäischen Krieg zu vermeiden. Auch wir wünschen den Krieg nicht, wir müssen aber verlangen, daß man den Forderungen der kretischen Einwohner gerecht wird. Während sich Bismarck in der Orientfrage neutral verhielt, scheint es, als ob die gegenwärtige Regierung Deutschlands geneigt ist, aktiv für Russland einzutreten. Daher die Haltung Deutschlands im Kriege zwischen China und Japan. Für unsern Handel wäre es von Interesse gewesen, beim Friedensschluß auf möglichst günstige Bedingungen für Japan hinzuwirken. Manche Politiker, auch deutsche, legen großes Gewicht auf die Erschließung Chinas für den europäischen Handel. Ob die daran geknüpften Hoffnungen berechtigt sind, mag dahingestellt sein. Zweifellos ist, daß, wenn Japan einen Einfluß in China hat, dies für die europäischen Interessen vorteilhaft ist. Das Gegentheil ist der Fall, wenn Russlands Einfluß in China gestärkt wird. Es ist daher eigentümlich, daß Russland in dieser Hinsicht die Unterstützung europäischer Staaten fand. Ähnliche Dinge gehen jetzt im Mittelmeer vor. Wenn die europäischen Mächte den Versuch zu haben glauben, für Ruhe und Ordnung zu sorgen, dann müßten sie dafür sorgen, daß Kreta von einer Regierung befreit werde, die unfähig ist, dort zu regieren. Statt dessen haben die Diplomaten nichts. Als vor einigen Wochen Griechenland auf Anregung der Bewohner Kretas Kriegsschiffe und Truppen dahin sandte, war es zur allgemeinen Verwunderung vor allen Deutschland, welches dagegen Einspruch erhob und den Vorschlag machte, den Versuch zu blockieren. Diesen Vorschlag lehnten die übrigen Mächte ab. Die Bevölkerung Kretas setzt sich zusammen aus 200 000 Griechen, 90 000 Türken und einer kleineren Anzahl anderer. Der Koran schreibt vor, daß ein Andersgläubiger gar keine Rechte im Staat haben dürfe. Zwar wird diese Auffassung in letzter Zeit nicht mehr so strikte durchgeführt, aber der fortgesetzte Druck, den die Türkenherrschaft auf die nicht mohamedanische Bevölkerung der Insel ausübt, veranlaßt viele Griechen, zum Mohamedanismus überzutreten, um sich die Vortheile desselben zu sichern. Die Griechen haben gegenwärtig fast die ganze Insel im Besitz. Vornehmlich ist es Russland, welches dieser Entwicklung entgegenstrebt. Es liegt im Interesse Russlands, zu verhindern, daß die Verhältnisse am Bosporus andere werden, als sie augenblicklich sind, denn es muß sich sagen, daß mit der Schaffung selbständiger Staaten seine Macht eingeschränkt wird. Daher tritt es der Abtrennung türkischer Provinzen entgegen und ist gegen jede Machterweiterung der Balkanstaaten. Anders liegen die Interessen der übrigen Mächte, die durch die Schaffung selbständiger Orientstaaten der russischen Macht einen Damm entgegengekehrt sehen. Durch die Haltung Deutschlands in der Orientfrage ist in den Dreieund ein Riß gekommen. Die Mächte haben sich nun dahin geeinigt, daß sie unter keinen Umständen einer Annullation Kretas durch Griechenland zustimmen können, dagegen soll Kreta unter der Suzeränität des Sultans sich selbst regieren. Thatsächlich haben also die Kreten durch ihre fortgesetzten Aufstände den Mächten die Anerkennung einer Dreieund-Selbständigkeit abgerungen. Die Griechen sollen Kreta räumen. Wenn sie klug sind, werden sie es thun, denn nun entgeht ihnen Kreta nicht mehr. Ob damit auf längere Zeit Ruhe im Orient geschaffen ist, kann kein Mensch sagen. Eines steht aber fest: die Großmächte haben bewiesen, daß sie nicht einig sind, und die Möglichkeit, in einen europäischen Krieg gestürzt zu werden, ist wohl hinausgerückt, aber nicht beseitigt. Wenn es eine Macht giebt, die die Nationen zwingt, Frieden zu halten, dann ist es die europäische Sozialdemokratie. (Großer Beifall.) Die Diskussion eröffnete Herr R a u m a n n. Er ist erfreut, hier nicht die gebräuchlichen sozialdemokratischen Schlagworte gehört zu haben. Bebel habe heute Abend praktische Gegenwarts politik und damit nationale Politik getrieben. Wenn die Sozialdemokratie so fortfahre, müsse sie national werden. Die Russen — nach Bebel — sich nach dem Meere drängen müsse, im Interesse seines Handels, so müsse auch Deutschland sich aus gleichen Ursachen den Weltmarkt erobern, und die gegenwärtigen Abhängigkeitsgebiete erhalten. Dazu sei — das deutete der Redner an — eine starke deutsche Flotte erforderlich. Da nun England auf dem Weltmarkt der Konkurrent der übrigen Staaten sei, so liege es im wirtschaftlichen Interesse Deutschlands, in der auswärtigen Politik mit Frankreich und Russland sich gegen England zu stellen. Auch die Orientfrage müsse nur vom Gesichtspunkte der Wirtschaftspolitik behandelt werden, alle sonstigen Gesichtspunkte hätten weniger Bedeutung. In den alten Fragen gelte der alte Dreieund, in den neuen aber die Konstellation: Deutschland, Russland, Frankreich. Die wirtschaftliche Entwicklung werde es dahin bringen, daß die Konfessionen unserer Regierung die Heeresfolge verlassen, dann müsse eine andere Partei die nationale Politik führen. Genosse Ledebour trat zunächst der falschen Auffassung des Vorredners bezüglich der Meinung Bebel's über die Politik Russlands entgegen, und führte weiter aus, daß es für Deutschland keine größere Gefahr geben könne, als wenn es sich nach dem Wunsche Raumanns und ähnlicher Staatsmänner einfallen ließe, im Bunde mit Russland nationale Eroberungspolitik zu treiben. Es sei eine Utopie, wenn man meine, daß Deutschland auf maritimem Gebiet jemals es mit England aufnehmen könne. Dazu sei auch keine Veranlassung vorhanden, da die Erweiterung wertvoller vertheidigungswertiger Kolonien für uns ausgeschlossen sei. Das größte Verdienst Englands sei es, daß es in allen seinen Kolonien den Freihandel hochgehalten und dadurch auch Deutschland den Wettbewerb ermöglicht habe. Dagegen befolge Russland eine engberzige Schutzpolitik. Unser Interesse lasse also mit dem Englands zusammen, und müßten wir für die nationale Politik Raumanns bestens danken. Rummer trat der bekannte Herr Lorenz in die Schranken, um mit größerem Eifer, aber viel geringerem Geschick wie sein Parteigenosse Raumann den Faden desselben weiter zu spinnen. Auch er tritt für ein Zusammengehen Deutschlands mit Russland gegen England ein und fordert im Interesse einer nationalen Politik, daß wir an Flottenmaterial herstellen, was wir irgend können. Englands Weltmacht müsse gebrochen werden. Dabei sei Russland unser nächster Bundesgenosse. Ein Weltkrieg scheint dem Redner gar nicht so verwerflich, wenn Deutschland dadurch Vortheile erringen könne. Besser ein Krieg, als daß die Nation im Frieden in Trägheit verfanke. Genosse Ledebour trat nochmals der thörichten Ansicht entgegen, als ob man, wie Lorenz meine, mit staatlichen Machtmitteln wirtschaftliche Abhängigkeitsgebiete erobern könne. Dadurch sei Spanien, einst ein blühender Staat, zu seiner gegenwärtigen Bedeutungslosigkeit herabgesunken. Handel und Industrie Deutschlands sei ausgeblüht und konturre erfolgreich mit England, auch ohne daß wir eine starke Flotte und Kolonien hätten, nur auf dem Wege friedlicher Entwicklung. Die Konturrefähigkeit hänge von kommerzieller und industrieller Tüchtigkeit, aber nicht von staatlicher Macht ab. — Zum Schluß fertigte Genosse Bebel alle Einwendungen der beiden national-sozialen Redner in treffender Weise ab. Die heutigen Ausführungen derselben hätten bewiesen, daß es zwischen unserer und ihrer Partei keine Gemeinschaft gebe. Noch nie sei der reaktionäre Herd des National-Sozialen so deutlich zum Vorschein gekommen wie heute Abend. Die Anschauungen Lorenz' über den Krieg könne man wohl bei einem Junter begreifen, aber nicht bei einem Volksmann, der doch auch Herr Lorenz sein wolle. Der Sympathie der National-Sozialen für Russland trat Bebel entschieden entgegen, indem er ausführt, wenn Russland sich ausdehnt, so geschieht das zum Schaden der Kultur. Wenn es aber ein Land giebt, mit dem wir in Frieden konkurrieren können, so sei es England. Obgleich demselben die deutsche Konturre gefährlich zu werden beginne, sei es den Engländern noch nie eingefallen, sich durch Schuzölle abzuschließen. Die Junter sehen in dem Bündnis mit Russland einen Wall gegen die freiheitliche Entwicklung. Wir aber müßten Vorurtheile sein, wollten wir die russische Politik unterstützen. Es sei falsch, daß uns mit Russland gleiche wirtschaftliche Interessen verbinden. Mit Frankreich hätten wir aber eine Reihe ideeller und materieller Berührungspunkte, und wenn die Annexion von Elsaß-Lothringen nicht zwischen Frankreich und Deutschland stände, wären beide Nationen verbrüderet und bildeten eine Macht, gegen die keine Gewalt der Welt ankämpfen könne.

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung. Oeffentliche Sitzung vom Donnerstag, 4. März, nachmittags 5 Uhr.

Die Vorlage wegen Zahlung einer Entschädigung seitens der Firma Siemens u. Halske für die Ueberweisung des zum Bau der elektrischen Hochbahn erforderlichen Theils des städtischen Kohlenplatzes vor dem Stralauer Thor 40/42, war auf Antrag Vorgesamten einem Ausschuss überwiesen worden. Derselbe schlägt nach vorgenommener Totalberücksichtigung einstimmig vor: Die Versammlung solle sich mit der Zahlung von 20 000 M. zur Abgeltung der der Firma vertragsmäßig obliegenden Verleistung der

bezüglichen Ersahanlagen einverstanden erklären und die Ueberlassung der Bauplätze (Wage, Brunnen und Komptoirgebäude) an die Firma zum Eigenthum und zur ungehinderten Benutzung während des Bahnbaues unter Vorbehalt des jederzeitigen Widerrufs, wenn dieser im öffentlichen Interesse liegen sollte, genehmigen. Die Versammlung beschließt dem entsprechend ohne Debatte. Hierauf erfolgt die erste Berathung des Entwurfes eines Stadthaushalts-Etats, sowie der Etats des Viehmarktes, des Schlachthofes, der Fleischschau, der Kanalisationswerke und Rieselfelder, der Wasserwerke, der Markthallenverwaltung, der Gaswerke und der Hauptkasse der städtischen Werke für 1897/98. Stadtkämmerer Raab: Der Etat habe sich noch gerade mit 100 pCt. gegen 97 1/3 pCt. im laufenden Etat abschließen lassen. Die Einnahmen aus der lox Huene seien mit 3 1/2 Millionen zum ersten Male fortgefallen; die Staatszuschüsse für die Volksschullehrer seien um 450 000 M. infolge des neuen Lehrer-Besoldungsgesetzes vermindert. Der Finalabschluß für 1895/96 sei außerordentlich ungünstig ausgefallen, da die unglückliche Bauplätzesteuer habe eingezahlt werden müssen; es ergebe sich ein Defizit von 125 000 M. Da also über 4 Millionen fehlten, hätten die Steuern erhöht werden müssen. Der Etat bilanzire mit 87 561 000 Mark, wovon 49 466 000 Mark mit Steuern zu decken seien. Bei der Hundsteuer sind 20 000 Mark mehr, bei der Braumalzsteuer 50 000 M. mehr, bei der Betriebssteuer 35 000, bei der Umschlagsteuer 1 770 000 M. mehr angelegt worden. 46 170 000 M. blieben auf die drei großen Steuern angewiesen: dieser Betrag lasse sich gerade noch mit 150 pCt. der Real- und 100 pCt. der Einkommensteuern decken: 150 pCt. der Grund- und Gebäudesteuer geben 16 200 000, 150 pCt. Gewerbesteuer 7 Mill., 100 pCt. Einkommensteuer 22 800 000 M. Für Straßenlanderverbahrungen sind bloß 1 800 000 M. statt wie früher 3 Millionen eingestellt, auch für Straßenpflasterungen statt der früheren 3 Millionen bloß 2 675 000 M. Seit Uebernahme der Straßen- und Brückenbauaufgabe habe Berlin geschafften, was der Fiskus bis dahin verkauft hätte, Berlin mit gutem Pflaster zu versehen. In jedem der letzten 14 Jahre, seit der Fiskus die betr. Rente durch Kapitalzahlung ablasse, habe die Stadt Jahr für Jahr zwischen 8 und 5 Millionen jährlich verpfändet, im ganzen 83 460 000 M. (allgemeine Bewegung), ungerechnet die aus Anleihen bestrittenen Pfandrenten. In dem bevorstehenden Jahre sei die Verpflichtung, mindestens 3 Millionen in den Etat dafür zu setzen, nicht mehr vorhanden, dennoch sei nur wenig unter 3 Millionen eingestellt. Im laufenden Etatjahre sei der zu erwartende Abschluß trotz der Ueberschreitung von 690 000 Mark für Schneefuhr recht günstig, namentlich infolge der vorthelhaften Bestellung des Straßenlanderverbahrungsfonds, aber auch durch erhebliche Mehreinnahmen an Steuern, so 800 000 Mark bei der Gewerbesteuer. (Auf: Leiber!) Stadtkämmerer Raab: Nicht nur die Bauplätzesteuer hat das Defizit von 1895/96 verschuldet. Die ganze staatliche Gesehgebung wirkt ungemein nachtheilig auf die Finanzen Berlins zurück. (Zustimmung.) In den letzten Jahren haben wir dadurch 6 Millionen verloren und die Steuerkraft der Bürgerschaft muß aufs äußerste angespannt werden. Die Gesehgebung engt uns so ein, daß alle Versuche, neue Einnahmequellen zu erschließen, fehlschlagen. Dadurch ist es nöthig geworden, die so drückende Gewerbesteuer auf 150 pCt. hinaufzuschrauben. Ob andererseits der Aufschwung des vorigen Jahres, den die Gewerbe-Ausstellung brachte, anhalten wird, ist fraglich. Immerhin erfreulich ist, daß von den 87 Millionen auch 1897/98 51 Millionen für die ärmeren Klassen aufgewendet werden. Der Armenetat ist um 1/3 Million auf 19 1/3 Millionen gestiegen; desgl. der Irrenetat, während der Krankenhaustat etwa 1 1/2 Millionen weniger Zuschuß fordert. Das Irren-Krankenhaus in der Gitschinerstraße hätte übrigens zur Entlastung des Urban-Krankenhauses schon längst eröffnet werden sollen. Ein sehr böses Kapitel seien die Polizeikosten in Höhe von 5 1/2 Millionen Mark. Ich fürchte, daß diese Summen nicht lediglich zum Nutzen und im Interesse der Stadt verwendet werden; und dabei hat man uns noch dazu die Baupolizei-Gebühren mit 150 000 M. entzogen! Trotz der relativ günstigen Aussicht für die Zukunft muß auch bei diesem Etat die größte Sparsamkeit walten, zumal in den nächsten Jahren auch große Anforderungen im Interesse der Industrie, wie der Bau des Hafens von Berlin, an uns herangetragen werden. Stadtkämmerer Raab: An den Aufwendungen für Pflasterungen habe ich nichts auszusagen; ich weise nur darauf hin, daß die Steinseher petitionirt haben um die Uebernahme der Pflasterungsarbeiten in städtische Regie. Geht die Verwaltung dazu über, so dürften erhebliche Ersparnisse an diesem Spezialetat zweifellos sein. Im Hochbau-Etat stehen wieder zahlreiche erste Pläne für Bauten, deren Projekte uns noch nicht vorliegen. Für solche Bewilligungen von Geldern auf Borrath sind wir unter keinen Umständen zu haben, denn wir engagiren uns damit auch für die ganz unbekanntes Totalaussummen. Wiederholt müssen wir die Forderung erheben, dahin zu wirken, daß die Projekte akkurater und mehr den Zeit- und Preisverhältnissen angemessen aufgestellt werden. Die sogenannten Ersparnisse sind bei hohen Anschlüssen nichts als Selbsttäuschung. Die Krankenhausbauten wünschen wir aufs gründlichste gefördert. Es sind keineswegs in allen Krankenhäusern noch Plätze vorhanden, im Gegentheil müssen Kranke jetzt vielfach vergeblich von einem Krankenhause zum anderen ziehen, ohne Aufnahme zu finden. (Sehr richtig!) Auch die unentgeltliche Benutzung der städtischen Desinfektions-Anstalten müssen wir hier wieder dringend verlangen. 135 000 M. Einnahme erzielt die Stadt aus einer Anstalt, welche in der Hauptsache der allgemeinen Hygiene dienen soll. Sollen wir erst die Schreden einer Epidemie erleben, um die Nothwendigkeit der gebührenfreien Benutzung dieser Anstalt der Bevölkerung darzutun? Nicht bloß Bequemlichkeit und Sorglosigkeit hält die Leute von der Benutzung ab, sondern auch die damit verbundene Aufwendung, selbst wenn mit deren Erlaß oder Stundung noch so nachsichtig verfahren werden mag. Für die Vermehrung der Schulbauten und ihre beschleunigte Fertigstellung sind wir durchaus, schon damit endlich eine Herabsetzung der Frequenzzahl in den Gemeindeschulen erreicht wird. Wie es jetzt damit beschaffen ist, kann es unmöglich weiter gehen. Wir verlangen weiter wiederum die Bewilligung unentgeltlicher Lehrmittel. Die Sympathie für diese Forderung hat immer weitere Kreise erobert; auch der Berliner Lehrerverein hat sich unbedingt dafür ausgesprochen. Sie haben ja erst vor kurzem unentgeltliche Bücher bewilligt; Sie sollten diese Freigebigkeit an die Gemeindeschulen auch ausdehnen auf solche Fälle, wo es sich nicht um dynastische Feste handelt und wo Bücher in Frage kommen, aus denen sie wenigstens etwas Vernünftiges lernen können. (Sehr gut!) Am meisten Bedenken hat die jetzt noch vorgeschriebene Prüfung der Bedürftigkeit. In zahlreichen Fällen kann man von einer einwandfreien Form der Prüfung nicht reden. Was soll man dazu sagen, wenn schon der Besitz einer halbwegs anständigen Wohnungseinrichtung die Ablehnung hinreichend motivirt? Wir bedauern nur, daß die Arbeiterschaft sich noch immer nicht in dieser Richtung von ihrem guten Recht Gebrauch zu machen. Der Armenetat ist trotz des „Aufschwungs“ mit 250 000 M. mehr, nicht ausreichend dotirt. Die Ausgaben für Pflegekinder und Ertraunterstützungen sind sogar um 45 000 M. herabgesetzt. Solche Politik ist mir nicht ganz verständlich. Gerade

Die Bewilligung von Extraverordnungen hat in vielen Fällen die Wirkung, die spätere Bewilligung von laufenden Unterordnungen, eine dauernde Belastung der Stadt zu vermeiden. Es wird doch nicht bezweckt, durch die größere Dezentralisation der Armen-Verwaltung, durch die Errichtung von Armenämtern eine gründlichere Prüfung der Gesuche nach der negativen Seite hin herbeizuführen! Der Uebersehungs bei der Verwaltung der Gaswerke ist zum Theil problematisch. Ein Theil davon wäre nicht erzielt worden, wenn die Gasarbeiter von der Stadt besser gelohnt und ihre sonstigen Forderungen entgegenkommender aufgenommen worden wären. Von unseren früheren Klagen über die Lage der auf den städtischen Bauten beschäftigten Arbeiter können wir nicht das geringste zurücknehmen. Noch heute sind die Arbeiter gegen Unfälle und Krankheiten nicht geschützt, obwohl die Stadt in den Lieferungsverträgen mit den Unternehmern einfach die betreffenden Bedingungen stipulieren könnte. Wenn auch schon nicht Mindestlohn und Maximalarbeitszeit vorgeschrieben werden soll, so muß doch wenigstens jene minimale Fürsorge, welche der Stadt keinen Pfennig kosten würde, endlich Platz greifen.

Das Mißverhältnis der Stadt zu den Pferdebahn-Gesellschaften muß endlich einmal im Interesse des Publikums und der Stadt zur Aufhebung gelangen. In der Bürgerchaft ist in dieser Beziehung ein totaler Umschwung der Meinungen eingetreten. Wir können dabei für uns in Anspruch nehmen, die Zustimmung der Gemeindebehörden bezüglich des Zehnprozenttariffs durch unsere unablässige Arbeit herbeigeführt zu haben. Die Erhöhung des Dispositionsfonds um 200 000 M. kann ich nicht billigen. Sie ist vielleicht darauf zurückzuführen, daß neulich erst 160 000 M. zu einem besonderen Zweck bewilligt worden sind, wovon ein Theil schon auf das neue Etatsjahr geschrieben werden mußte (Widerspruch). Wir haben alle Veranlassung, gerade hier den Daumen auf den Beutel zu drücken. (Unruhe.)

Ueber unseren Etat hängt auch immer noch das Damoklesschwert der wunderbaren Konstitutionsordnung von 1873; das sollte der Staatsauschuß nicht vergessen. Wir sind in dieser Frage abhängig von einem Landtag, und noch dazu von einem solchen Landtag, von der Regierung und noch dazu von einer solchen Regierung! Da drängt sich uns die Pflicht doppelt auf, unsere Selbstverwaltung gegen solche von allen Seiten drohenden Angriffe ganz energisch zu schützen. (Zustimmung.) Bei den Landtagswahlen und den Stadtverordneten-Wahlen kommen die Stimmen der Bevölkerung nicht in genügender Weise zum Ausdruck (Stadt v. Preuß: Sie sind ja da!); ja, aber nicht in der Zahl, wie wir es verdienen! (Heiterkeit.) Würden Sie doch und schaffen Sie das allgemeine Wahlrecht ohne Hausbesitzer und ohne Klassen, dann wollen wir sehen, wie sich die Dinge gestalten (Zuruf: Wo sie bleiben!) Soweit wir bei den Wahlen zur Klärung der Volksstimmung beitragen können, sollen wir es auch thun. In dankenswerther Einsicht der gräulichen Mißstände unserer Kommunal-Wahlbezirks-Einteilung hat der Magistrat Abänderungsvorschläge gemacht; und ebenso wie Sie den Wunsch nach gerechterer Einteilung der Wahlkreise für Berlin zum Reichstag geltend machen, werden Sie jedenfalls auch für eine gerechtere Einteilung der Kommunal-Wahlbezirke eintreten. (Stadt v. Wallach: Ja, Bauer, das ist ganz was anders!) Dann hätten wir damit zum Ausdruck gebracht, daß wir den herrschenden Kreisen in diesem Augenblick mit gutem Beispiel vorangehen wollen. Fiskus, Regierung und Landtag kommen Berlin nicht im geringsten entgegen, sondern werfen wie aller Götter und Enden Knäuel zwischen die Beine. Dagegen müssen wir stets und immer protestieren. (Sehr richtig!) Der Fiskus zieht sich stets auf sein formelles Recht zurück; ziehen wir uns daher auf unsere Pflicht zurück! Das gilt besonders von dem Gebiete der Schul- und der Polizeiverwaltung. Würden Sie einen steiferen Nacken als bisher in diesen Beziehungen zeigen, dann würden auch Sie durch die That beweisen, daß der mittelalterliche Unterschied von „edel oder unfrei“ diejenigen Gruppen nicht erschöpft, die im öffentlichen Leben einander gegenüberstehen, dann werden jene, die solchen mittelalterlichen Unterschied für berechtigt halten. . . . (Vorsteher Sangerhans kann nicht zulassen, daß der Redner so weit vom Etat abweicht.) Wer die öffentlichen und kommunalen Interessen unbeeinträchtigt und selbständig pflegt, der wird damit auch dafür sorgen, daß der Bürgerstolz und auch der viel gerühmte Männerstolz vor Königssternen wieder zu seinem Rechte kommt! (Beifall und Unruhe.)

Stadt v. Romfen will dem Vorredner auf das Gebiet allgemeiner Politik nicht folgen. Die Erhöhung der Dispositionsfonds befürwortet er; mit den 160 000 M. habe diese Erhöhung nichts zu thun. Daß Krankheit und Noth vermindert seien, ergebe sich aus der geringeren Frequenz des Obdachlosenpfls ganz direkt. Von einer ungünstigen Finanzlage sei ebensowenig die Rede wie von einem besonderen Steuerdruck. 100 und 150 pCt. Steuer seien sehr mäßige Sätze. Beim Wasseretat müsse nach heutiger Lage der Dinge gerade so wie beim Kanalisationsetat ein mäßiger Uebersehungs herausgewirtschaftet werden.

Stadt v. Friederic beantragt die Verweisung des Etats an einen Ausschuß von 15 Mitgliedern. Er bedauert, daß gerade beim Bau-Etat gepart werden soll.

Es wird nach dem Antrag Friederic beschlossen; sämtliche Etats der städtischen Werke werden dem Ausschuß mit überwiesenen, der sofort nach Schluß der Sitzung gewählt werden soll.

Auf das Gesuch des Magistrats an den Kultusminister wegen Zulassung der Errichtung eines Krematoriums hat derselbe nun die Befreiung von Körpertheilen durch Verbrennung für zulässig erklärt, mögen diese von lebenden Menschen herkommen oder zu Leichen gehören, bei denen jede Zeichenindividualität verloren gegangen ist. Auch darf die Verbrennung in keiner Weise den Anschein einer eigentlichen Feuerbestattung erwecken. Der Magistrat will von dieser sehr beschränkten Erlaubnis Gebrauch machen und zur Ersparrung von Bestattungstermin auf dem Friedhofsfelder Kirchhof einen Verbrennungsofen auf dem Hofe der Leichensammelstelle in der Dieselmeyerstraße aufstellen und funktionieren lassen. Der Ofen soll 15 000 M., die bauliche Ausführung 12 000 M. kosten.

Die Vorlage wird ohne Diskussion angenommen. Daß nach durchgeführter Vorbereitung der Gertraudenstraße an der Gertraudenstr. 10/12, der Kleinen Gertraudenstr. 4/5 und der Friedrichsgracht 48 verbliebene Restgrundstücke von 401 Quadratmetern soll zum Preise von 1000 Mark für 1 Quadratmeter an die Goldmann-Handlung von Wilhelm Müller, Gertraudenstr. 14, verkauft werden. Beim Kauf ist der Stadt das Quadratmeter auf 1240,77 M. zu stehen gekommen. Auch diese Vorlage gelangt ohne Debatte zur Annahme.

Der Magistrat fordert wiederholt die Bewilligung der Mittel von 850 000 M. für den Bau eines vierten Gasbehälter-Gebäudes in der Fichtestraße, nachdem die verlangten statistischen Nachweise über den Gasverbrauch, die die Nothwendigkeit des Baues darthun sollen, geliefert wird.

Stadt v. Deter kann sich trotz der beigebrachten Statistik nicht von der Nothwendigkeit der Anlage überzeugen; bei praktischer Disposition sei mit den vorhandenen Gasometern anzukommen. Im Dezember 1896 seien 30 pCt. der Referovertorten nicht benutzt worden. Nach längerer, zum Theil erregter Debatte wird die Vorlage angenommen.

Seitens des Magistrats ist der Neubau von vier Brücken in Aussicht genommen. Es sind dies: 1. die Eisenbrücke. Sie wird in Eisenkonstruktion ausgeführt mit einer weiten Mitteldurchfahrt und zwei Seitendurchlässen. Gesamtkosten 514 000 M.; 2. die Koffstraßen-Brücke, die eine Breite von 15 Metern erhält und aus einem eisernen Bogen bestehen soll. Baukosten einschließlich der Kosten für die nothwendigen Anrampungen 164 000 M.; 3. Mäcker-Brücke. Sie wird 19 Meter breit, massiv gebaut und soll 303 000 M. kosten; 4. die Eiserne Brücke (von der Straße hinter dem Viehhause nach der Museumsinsel). Sie wird gleichfalls massiv und 19 Meter breit (jetzige Breite 7,7 Meter) errichtet. Gesamtkosten 452 000 M. Sämtliche Brücken erhalten elektrische Beleuchtung.

Die betreffenden Vorlagen gehen an einen Ausschuß, ebenso diejenige wegen Ueberführung der Putzstraße über den Nordring beim Bahnhof Moabit.

Der Pferdebahn-Ausschuß der Stadtverordneten-Versammlung hat am Mittwoch Abend unter dem Vorsitz des Stadt. Meyer seine Beratungen begonnen. Als Magistratsvertreter waren Bürgermeister Richter, die Stadträte Dr. Hohrecht und Meubier, Bauinspektor Sarrath, Gotheiner, der städtische Elektriker Dr. Kallmann und der Magistratsassessor Dr. Alberti erschienen.

Es wurde beschlossen, sofort in die Beratung des Vertragsentwurfs — ohne vorherige Generaldiskussion — einzutreten und zwei Lesungen des Entwurfs vorzunehmen. Die eingegangenen Petitionen sollen am Schluß der ersten Beratung vorgetragen und beraten werden, um event. in der zweiten Lesung des Vertrages Berücksichtigung zu finden. Stadt v. Singer hat den Antrag gestellt, in den Vertrag Bestimmungen aufzunehmen, wonach die Gesellschaften verpflichtet werden:

1. eine Pensionskasse für sämtliche Angestellte und Arbeiter zu errichten, deren Statut der Genehmigung der Gemeindebehörden unterliegt;
2. für Sitzgelegenheit für das Betriebspersonal während der Fahrt zu sorgen;
3. Kutscher und Schaffner nicht länger als zehn Stunden täglich zu beschäftigen.

Diese Anträge wurden nach Erledigung des Entwurfs zur Verhandlung gelangen. In der Verhandlung wurden gegen den § 1 (Gegenstand des Vertrages) keine Einwendungen erhoben. Bei § 2 (Dauer der Zustimmung bis zum Jahre 1919, also acht Jahre Konzessionsverlängerung) wurde die Beschlußfassung aufgeschoben, weil die Genehmigung dieses Paragraphen von der Gestaltung des Vertrages abhängig ist. § 3 (Ausrechterhaltung der Zustimmung zu früher genehmigten noch nicht ausgeführten Linien) wurde ohne Widerspruch angenommen. Im § 4 wurden einige Änderungen beschlossen. Die Gesellschaften sollen verpflichtet werden auf Verlangen des Magistrats neue Linien bis zum Höchstbetrage von 150 Kilometern, (nicht 100 wie es im Entwurf steht) zu bauen und dafür, wenn es in den Jahren 1912 bis Ablauf 1915 geschieht, drei Viertel der aufschlagmäßigen und angemessenen Baukosten vergütet erhalten. Im Entwurf war bestimmt, daß Ausführungen der in den Jahren 1912 bis 1919 verlangten Strecken nur bei Vereinbarung über Erhaltung der Baukosten event. bei Gewährung eines Betriebsauschusses gemacht werden sollten. Nach dem Beschluß des Ausschusses tritt diese Bestimmung nur für die letzten drei Jahre des Vertrages in Kraft. Außerdem wurde ein Zusatz beschlossen, wonach Bauvergütungen in den Jahren 1902—1919 nur bei den Linien, welche der Magistrat verlangt, erfolgen, nicht aber bei Linien, deren Errichtung die Gesellschaften beantragen. Der § 5 (Einführung des elektromotorischen Betriebes) wurde ohne Widerspruch genehmigt. Bei § 6 (Betriebsystem) fand eine längere Diskussion statt, deren Ergebnis in der Annahme der Magistratsvorlage bestand. Hiernach kommen bei Umwandlung des Betriebes in Neuanlagen oberirdische Stromzuführung und Akkumulatoren zur Anwendung, während unterirdische Stromzuführung wegen Verkehrshindernissen während des Baues und der unausbleiblichen oft eintretenden Betriebsstörungen nicht gestattet wird. Wegen der vorgeschrittenen Zeit wird die Verhandlung abgebrochen. Nächste Sitzung des Ausschusses Sonnabend Abend 6 Uhr.

Technische Lehrerinnen. Den von der Stadtverordneten-Versammlung beschlossenen Grundsätzen für die Annahme der technischen Lehrerinnen an den Gemeindeschulen in die städtische Schuldeputation in ihrer am Mittwoch unter Vorsitz des Bürgermeisters Richter stattgehabten Sitzung mit der Maßgabe zugestimmt, daß in dem Passus: „Bis zur definitiven Anstellung der jezt im Dienst befindlichen technischen Lehrerinnen werden neue Annahmen nicht vorgenommen“, hinter Annahme das Wort „thunlich“ eingefügt werde. Ferner hat die Deputation beschlossen, die beiden von der Versammlung gefassten Resolutionen abzulehnen, welche dahin gehen: 1. Bei Klassen, welche 50 Schülerinnen enthalten, zwei Lehrerinnen in den Handarbeitsstunden zu beschäftigen, analog der Bestimmung des Unterrichtsministers über das Mädchenschulwesen v. vom 31. Mai 1894, daß in den höheren Mädchenschulen schon bei mehr als 20 Schülerinnen zwei Lehrerinnen unterrichten sollen; 2. für stimmungsbegabte technische Lehrerinnen seitens der Stadt Kurse einzurichten, in welchen dieselben die Fähigkeiten erwerben können, den Gesangunterricht in den zwei untersten Gesangsklassen zu erteilen.

Tokales.

Achtung, Genossen und Genossinnen! In der Versammlung welche am Sonntag, den 7. März abends 6½ Uhr bei Genossen Zubeil, Lindenstr. 106 stattfindet, wird Genosse Dr. V. Vorchert über: „Der geistige Arbeiter in der zukünftigen Gesellschaft“ referieren. Regler Besuch wird erbeten.

Berlins dissidentische Bevölkerung. Bei der Volkszählung von 1895 wurden in Berlin unter einer Bevölkerung von 1 677 804 Personen 6680 Dissidenten (einschließlich freireligiöse und Deutschkatholische) ermittelt. Der Antheil der Dissidenten an der Gesamtbewölkerung stellte sich also auf 40 pro 10 000 Personen. In den einzelnen Altersklassen war aber der Antheil der Dissidenten an der Bevölkerung der betreffenden Stufe sehr verschieden. Es waren nämlich unter je 10 000 Personen der Gruppe der 1825 und früher Geborenen: 17 Dissidenten, der Gruppe der 1826—30 Geborenen: 25, der Gruppe 1831—35: 30, 1836—40: 42, 1841—45: 46, 1846—50: 52, 1851—55: 52, 1856—60: 51, 1861—65: 48, 1866—70: 36, 1871—75: 21, 1876—80: 26, 1881—85: 37, 1886—90: 37, 1891—95: 53. In dieser Zahlenreihe, die sich mit einer merkwürdigen Stetigkeit erst aufwärts, dann abwärts und zuletzt wieder aufwärts bewegt, ist besonders der hohe Antheil der Geburtsjahr-Gruppen 1841—45 und folgende interessant. Ohne Zweifel ist hierin eine Nachwirkung jenes glänzenden Aufschwunges zu erkennen, den die freireligiöse Bewegung in den 40er Jahren nahm. Den niedrigen Antheil hatte die Geburtsjahr-Gruppe 1871—75. Das wird vielleicht weniger an einem zeitweiligen Rückgang jener Bewegung als daran liegen, daß in dieser Gruppe — es sind die 20—24-jährigen Personen, zu denen namentlich auch der größte Theil des hier garnisonirenden Militärs gehört! — die eben erst aus den Provinzen, besonders von Lande Zugewogenen so stark vertreten sind. — Sehr ungleich ist übrigens auch die Verteilung der dissidentischen Bevölkerung auf die beiden Geschlechter. Bei der Zählung von 1895 waren unter 797 306 männlichen Personen 4158 Dissidenten, also 52 pro 10 000 der männlichen Bevölkerung, dagegen unter 879 998 weiblichen Personen nur 2497 Dissidenten, also nur 28 pro 10 000 der weiblichen Bevölkerung. Das oben erwähnte Auf und Ab des Antheils der Dissidenten an der Bevölkerung der einzelnen Geburtsjahr-Gruppen lehrt auch bei der gesonderten Betrachtung der beiden Geschlechter wieder. Bei der männlichen Bevölkerung betrug der dissidentische Antheil 36 pro 10 000 in der Gruppe 1825 und früher, stieg bis auf 77 in der Gruppe 1846—50, fiel bis 27 in der Gruppe 1871—75 und stieg wieder bis 53 in der Gruppe 1891—95. Bei der weiblichen Bevölkerung begann die Gruppe 1825 und früher mit 8 pro 10 000, worauf der Antheil bis 32 in 1851—55 stieg, bis 14 in 1871—75 fiel und wiederum bis 54 in 1891—95 stieg. In der jüngsten Gruppe sind, wie man sieht, die Dissidenten der beiden Geschlechter ziemlich gleich stark vertreten; die Mädchen sind hier sogar — wohl nur zufällig — noch etwas günstiger gestellt. In allen anderen Gruppen bleibt dagegen das weibliche Geschlecht an Dissidenten hinter dem männlichen zurück.

Sisyphusarbeit. Die politische Polizei besteht zur Zeit aus einem Dirigenten, vier Dezenten mehr der erforderlichen Anzahl von Bureaubeamten und der Exekutive. Die letztere zählt einen Vorsteher, 11 Kriminal-Kommissare, 10 Kriminal-Wachmeister und 123 Kriminal-Schutzmänner. Es sind drei Abteilungen gebildet, von denen die erste wiederum in drei örtliche Bezirke eingetheilt ist. Die erste Abtheilung ist mit der Beobachtung der sozialdemokratischen und anarchischen Bewegung in Berlin und den Vororten betraut. Die Leitung der Abtheilung, beziehungsweise der

einzelnen Bezirke ist je einem beziehungsweise zwei Kriminal-Kommissaren übertragen, denen die erforderliche Zahl von unteren Exekutivbeamten beigegeben ist. Der zweiten Abtheilung liegt die Ueberwachung der gesammten gesellschaftlichen Bewegung ob; sie berichtet über die vorkommenden Streiks, Sperren und Bogfotts, über die Arbeitslosen etc. und bearbeitet die Vergehen gegen § 153 (Konstitutionen) der Gewerbe-Ordnung. Die dritte Abtheilung bearbeitet die Angelegenheiten der Presse; ihr liegt auch die Beobachtung verdächtiger Ausländer, sowie die Wahrnehmung der Gasthofs-Polizei ob. Mit der Vermehrung der politischen Polizei, deren Werth namentlich bei Gelegenheit des Summienschlauch-Prozesses, des Vereinsprozesses gegen Auer und Genossen, sowie des Pühow-Verdert-Tausch-Prozesses vielfach gewürdigt worden ist, hat auch die Arbeiterbewegung einen ungenügenden Aufschwung genommen, der die Wälder der modernen Staatsdiktatur bald genug rath- und hilflos machte. Kein gesunder Mensch hegt heute mehr den Köhlerglauben des hochseligen Lessing, daß politische Maßnahmen die größte weltgeschichtliche Kulturbewegung hemmen oder gar vernichten könnten. Als letztes und einziges Rettungsmittel gilt heute vielen Interessenten der absterbenden Weltordnung* nur noch der Säbel, der Haut, und die Plinte, die schießt. Aber auch die erhoffte Wunderkraft dieser Hilfsmittel wird im Kampfe mit der Sozialdemokratie schmachlich versagen.

Ein vom deutschen Kaiser gezeichnetes neues Bild soll zur Zentenarfeier erscheinen. Die Zeichnung stellt eine Art Grabmonument dar; ein Gedenkstein zeigt im Medaillon oben das Portrait Wilhelms I. Das Bildnis des alten Kaisers ist von der Inschrift umrahmt: „EXIGI MONUMENTVM AERE PERENNIVS“. (Vers des Horaz: „Ich habe ein Denkmal errichtet, dauerhafter als Erz.“) Zur linken Seite des Grabsteines steht ein Mann im Ritterkostüm; in der rechten Hand hält er einen Säbel, die linke legt einen Lorbeerzweig über den Porträtkopfen. Zu dem Ritter blickt von der andern Seite des Grabsteines eine sitzende Dome empor, die dem Ausdruck ihrer Jüge nach zu urtheilen, bereits die erste Jugend hinter sich hat. In der Hand hält sie ein Rissen, auf dem die Kaiserkrone liegt. Das Bild trägt die Unterschrift: „Dem Andenken Wilhelms des Großen, Wilhelm I. R.“ Stil und Zeichnung des Bildes erinnern an die Manier, welche den bisher bekannt gewordenen Knautsbildern ihr Gepräge giebt.

Das Bild wird sehr ausführlich in der gutgeleiteten Presse beschrieben, welche u. a. berichtet, daß es auch einer von Professor Duden verfaßten Festschrift beigelegt worden ist. Um so wunderlicher muß das Benehmen der Verlagsbuchhändlerische Geschäfte machen wollen, eine Reproduktion der Zeichnung zunächst mit allerhand geheimnißvoll klingenden Andeutungen über deren Ursprung empfohlen und den Revisanten schließlich eine gedruckte Mittheilung zugesandt hat, in der sich folgende Wendung findet: „Ihren Wunsch betreffs näherer Mittheilung über den Zeichner und das Bild selbst kommen wir nach: „Seine Majestät ist selbst der Zeichner. Von dem Kunstblatte sagen wir eine verfeinerte Nachbildung bei. Wir betonen ausdrücklich, daß Seine Majestät bis zum Tage der Beilage, 21. März, strengste Geheimhaltung geboten hat. Sie sind also nicht berechtigt, vor diesem Tage irgend welchen Gebrauch davon zu machen. Also auf jeden Fall strengste Geheimhaltung. Wir geben die Aufklärung nur unter dieser Voraussetzung. Schall und Grund, Verein für Bücherfreunde.“

Wie harmonirt diese „Warnung“ der Verlagsbuchhändler mit der Thatfache, daß das Bild unter ausdrücklichem Hinweis darauf, daß es vom Kaiser gezeichnet worden sei, gestern in einer ganzen Reihe hiesiger Blätter eingehend beschrieben worden ist? Ein wunderlicher Brauch dieses Verlags, auf patriotische Weise Geschäfte zu machen!

Freiherr v. Mirbach, der aus dem Kameel-Inskripts-Prozess weiteren Kreisen bekannt gewordene Oberhofmeister der Kaiserin, sucht zur Zeit Abonnenten für ein von ihm herausgegebenes Werk über die Kaiser Wilhelm-Gedächtniskirche. Ein vervielfältigtes Schreiben, das u. a. an Handwerker verandt wird, welche in und bei der auf so eigenthümlicher Weise berühmt gewordenen Kirche gearbeitet haben, hat folgenden Wortlaut: Kabinet Ihrer Majestät der Kaiserin und Königin, Berlin, 1. März 1897. In der Anlage beehre ich mich, eine Subskriptionsliste für das Werk „Die Kaiser Wilhelm-Gedächtniskirche“ zu übersenden. In anbetracht dessen, daß der Keinertrag für den Baufonds der Kirche bestimmt ist, bitte ich, sowohl persönlich als auch bei den Fremden der Sache sich für die Bestellung des Werkes zu interessieren und die Zahl der Bestellungen in der beigefügten Beschliffeliste oder auf der gleichfalls anliegenden Postkarte dem Kabinet Ihrer Majestät der Kaiserin und Königin gütigst angeben zu wollen. Freiherr von Mirbach. In dem Prospekt wird folgendes behauptet: „Von allen dem Andenken des großen Kaisers gewidmeten Werken zeugt keines schöner und vollkommener für die Liebe und Verehrung, die sein Volk ihm widmet, und von der Einigkeit seines Empfindens, als die Kaiser Wilhelm-Gedächtniskirche zu Berlin.“

Patriotismus mit 33½ pCt. Rabatt. Die Berliner Paktfahrt-Gesellschaft giebt neue Marken mit dem Bildnis Wilhelms I. heraus. Die Marken werden den Händlern ausnahmsweise mit 33½ pCt. Rabatt geliefert, während es auf gewöhnliche Marken nur 10 pCt. zu verdienen giebt. In dem Schreiben an die Annahmestellen heißt es: „Mit Rücksicht auf die patriotische Freier bitten wir Sie höflichst, bei Ihrer werthen Kundschaft darauf hinzuwirken zu wollen, daß namentlich an den Tagen vom 21. bis 28. März eine möglichst ausschließliche Verwendung dieser Marken stattfindet.“ Ob das Privatpublikum sich nun um die Marken reifen wird, mag dahinsiehen.

Die katholischen „Arbeitervereine“ Berlins und der Delegation die einen weiten Umkreis um die Reichshauptstadt umfaßt zählen zur Zeit insgesamt 2246 Mitglieder, von denen wiederum nur ein geringer Theil aus Arbeitern besteht. Ihr Vermögen beträgt 10 544 M. Und dies läßt sich Resultat hat die katholische Gesellschaft, welche die unumschränkte Diktatur in den 19 Vereinen ausübt, erst seit 1869 in siebenjähriger angestrengter Arbeit erreicht! Besser kann die lobenswerthe Einsicht des katholisch getauften Theils der hiesigen Arbeiterbevölkerung, daß nur in der Sozialdemokratie und in der Klassenbewußten Gewerkschaftsbewegung eine Vertretung ihrer Interessen zu finden ist, wahrlich nicht gekennzeichnet werden.

Kampf gegen Sonntagruhe im Volkssdienst. Der Staatssekretär des Reichspostamts hatte die Kellern der Kaufmannschaft von Berlin um ein Gutachten erucht über die vom Reichstage wiederholt, u. A. auch in diesem Jahre bei der Staatsberatung angenommene Resolution, welche den Reichskanzler ersucht, veranlassen zu wollen, daß von den Postpaketen nur noch die Eilsendungen an Sonn- und Feiertagen angenommen und bestellt werden. Nach Anhörung von Interessenten beschloß das Kollegium sich gegen eine Berücksichtigung dieser Resolution anzusprechen, weil viele Handels- und Gewerbebetriebe eine Annahme und Befolgung auch gewöhnlicher Postpakete an Sonn- und Feiertagen nicht entbehren könnten. Die zur Zeit herrschende Strömung in Regierungskreisen macht es wahrscheinlich, daß auch in diesem Fall die Profitwuth über die Menschlichkeit triumphiren wird, selbst wenn sie mit so vagen Gründen, wie die hier angeführten, kämpft.

In Kaufmann's Variété wird zur Zeit ein recht buntes Programm aufgeführt. In Kraftleistungen zeichnen sich die Gebrüder Allessy aus; einige ihrer Leistungen zeigen von einer geradezu staunenerregenden Muskelstärke. Den heiteren Theil pflegen die musikalischen Komiks Doretta, während die Kunstschönen Desroines auf ihrem Gebiete eine beachtenswerthe Fertigkeit besunden. Ueberaus gewandt vollführt Herr John seine seltsamen phantastischen Spiele; viel belacht wird Herr Genet als Sultan der Lärke in der Schloß bei Kreta. Den Schluß der Vorstellung bildet eine Pantomime „Ein Spaß in der Schusterwerkstatt.“ Alles in allem wartet die Direktion in diesem Monat mit meist guten und abwechslungsreich gruppierten Kräften auf.

Ein Schreckschuß. In hiesigen Blättern findet sich folgende Notiz: Um 542 Millionen Mark würde — so haben „Sachverständige“ es ausgerechnet, der Grund und Boden Berlins entwerthet werden, wenn die neue Baupolizei-Ordnung in Kraft treten würde. Da mit dieser ungeheuren Entwerthung des Baugrunds ein fortlaufender Steueranfall in entsprechender Höhe verbunden sein würde, so darf man begierig sein, die Quelle kennen zu lernen, aus welcher der allezeit hilfsbereite Herr von Miquel den ziemlich beträchtlichen Steueranfall zu decken gedenkt. Die Sache liegt natürlich so, daß die neue Baupolizei-Ordnung der Hagler und Spekulationswuth unserer Hausbesitzer und Bauherren einige, wenn auch wenig merkbare Schranken setzen soll. Dem suchen die Herren zu begegnen, indem sie das moderne Staatswesen mit grüßeligen Schwindeltugeln an seiner empfindlichsten Stelle, am Geldbeutel, zu packen suchen. Was hat der Staat sich auch darum zu kümmern, ob der Proletarier in dumpfigen Pesthöhlen haust.

Eine heillose Konfusion ist durch die Sperrung der Schloßfreiheit im öffentlichen Wagenverkehr hervorgerufen. Obwohl eine sehr bequeme Verbindung vom Werderschen Markt nach dem Lustgarten über den Schloßplatz existirt, müssen die Omnibusse der Linie Badstraße — Marziesplatz durch die Französischestr. an der Hedwigskirche vorbeifahren und somit einen Umweg von circa drei Minuten machen. Die Wagen der Omnibuslinie Sietziner Bahnhof — Ostlicher Bahnhof haben, wiewohl sie sehr bequem durch die Burgstraße, über die Schloßbrücke nach der Breitenstraße gelangen könnten, ebenfalls auf polizeiliche Anordnung ihren Weg durch die Volksgang, Poststraße, Mühlendamm zu nehmen und bleiben die für das Publikum wichtigsten Verkehrspunkte, Schloßfreiheit, Breitenstraße vollkommen unberührt.

Arbeiterisiko im Treptower Park. Zwei furchtbare Unglücksfälle haben sich gestern auf dem Treptower Ausstellungsgelände ereignet. Bei den Abbrucharbeiten am Wasserthurn des Hauptrestaurants stürzten gegen elf Uhr fünf Arbeiter aus einer Höhe von 30 Metern ab. Infolge heftigen Windes hatten sich die Bohlen auf dem noch lebenden Giebelständer eisernen Konstruktionsstücke verschoben, weil derselbe, wie man wahrnehmen konnte, im Winde hin und her schwankte; sie waren von den Eisenstücken abgerissen und mit den Arbeitern in die Tiefe gestürzt. Der unverheiratete Mann von außerhalb und der verheiratete Pöhl von Moabit fielen auf einen in dem vom Neuen See nach dem Karpenteiche führenden Kanal stehenden Schuttstapel und blieben dort auf dem Platze, die verheirateten Arbeiter Daniel, Beck und Apelt wurden schwer verletzt, am schlimmsten Daniel, der einen Schlag gegen den Unterleib erhielt und wie seine Gefährten ins Wasser fiel; einer von ihnen rettete sich selbst noch ans Ufer, die anderen beiden wurden aufgeführt. Die Leichen lagen, wie ein hiesiges Blatt meldet, in den Nachmittagstunden noch an der Unglücksstelle, nur die Verwandten wurden mittels Sonntagswagen nach der Unfallstation transportirt. Die Verunglückten sind Angestellte der Berlin-Anhaltischen Maschinenbau-Aktiengesellschaft. Seider war sobald keine ärztliche Hilfe zu finden, da die Sanitätskommission wegen der Ungefahrlichkeit der noch zu verrichtenden Arbeiten bereits eingezogen worden ist. Die erste Hilfe wurde endlich von den Ärzten einiger Unfallstationen gebracht.

Sehn Minuten später stürzte das Abbruchgerüst des Hildebrandtschen Chokoladen-Pavillons unter der Last der Arbeiter und des Materials zusammen. Die unverheirateten Arbeiter Hermann Kuh aus der Badstraße und Braunsdorf, wohnhaft Novallstr. 12, erlitten dabei schwere Verletzungen. Zwei andere Arbeiter wurden dadurch gerettet, daß der Mann an der Wunde sie festhielt.

Ueber einen unerhörten Konflikt zwischen einem Hauswirth und seinem Miether weiß ein Lokalberichterstatter die folgende unglaublich klingende Geschichte zu melden: Im Hause des Gastwirths S. in der Göttingerstraße wohnt seit dem 1. Oktober der Schuhmacher W., welchem die Reinigung des Grundstückes übertragen ist. Seit einiger Zeit hatte sich W. mit dem Hauseigenthümer, der mit der Arbeitsleistung des Schuhmachers nicht zufrieden war, überworfen und der Hauswirth, der bis zum 1. Oktober Kontrakt hat, sollte infolge dessen bereits am 1. März ziehen, doch wollte W. seine Wohnung nicht vor dem 1. April verlassen. Vorgesetzt wurde ihm nun S. in der W.'schen Wohnung und hob in Abwesenheit des Portiers, unter dem Vorgeben einer notwendigen Reparatur, die Korridore und Räumlichkeiten aus den Angeln und nahm beide mit sich. Etwa eine Stunde später erschien der Hauswirth abermals in Begleitung von circa acht Männern, um W. sammt dessen Mobilien gewaltsam nach der Straße hinaus zu befördern. Der Schuhmacher eilte zur Polizei und als er mit einem Schutzmännchen zurückkehrte, waren zwar die Erzedenen verschwunden, doch hatten sie als sichtbare Spuren ihrer Thätigkeit ein Sopha und mehrere Stühle zertrümmert; außerdem vermisste der Hauswirth seine silberne Taschenuhr. Nachmittags gegen 4 1/2 Uhr drang S. in Begleitung der beiden Schlächtermeister H. und noch zwei unbekannter Personen abermals in die Wohnung des W. ein. Die fünf Männer erfaßten den Schuhmacher gemeinschaftlich und trugen ihn auf die Straße hinaus. Dort warfen sie den W. zu Boden, schlangen einen Strick um seinen Hals, um den ziemlich kräftigen Mann durch Betäubung zunächst wehrlos zu machen und banden ihm dann die Hände. Nun schlugen die fünf Personen mit Häuten und Stiefelabsätzen unbarbarisch auf

den am Boden Liegenden ein, bis schließlich Nachbarn Leute hinzukamen und den über und über mit Blut Bedeckten aus den Händen seiner Peiniger befreiten. W. hat, wie die ärztliche Untersuchung ergab, nicht weniger als zwanzig schwere und leichtere Verletzungen erlitten.

Das Dienstmädchen Bräutigam, dessen Selbstmord im Hause ihrer Herrschaft Prenzlauerstr. 57 vor voriger Woche meldeten, hat sich nicht aus Liebesgram, sondern im Irrenum erhängt. Bei der Leiche ist eine Erweichung des Gehirns konstatiert worden. Merkwürdigerweise hat jedoch Niemand im Verkehr mit der B. von deren Geistesstörung etwas bemerkt.

Die Fenster hat der Hauswirth, Bäckermeister Hoppe, Rüstnerplatz 2, am gestrigen Tage einer Mietherin seines Hauses Gütlichstr. 66, ausgehoben, weil diese mit der Miethelie im Rückstande war. Als die Frau sich an die Polizei um Rath wandte, soll man ihr gesagt haben, daß man sich in die „Privatangelegenheit“ nicht hineinmischen könne.

Die Schauspielerin Martha Pahlke aus der Frobenstraße, die sich vor einiger Zeit nach einem Zerwürfniß mit ihrem Geliebten, einem Rittmeister a. D., durch einen Schuß in die linke Brust zu tödlichen Verletzungen, wird voraussichtlich am Leben erhalten bleiben. Das Geschöß ist aus der Wunde entfernt worden und die Heilung verläuft bis jetzt gut.

Ererschossen hat sich in der Haide bei Tegel ein Mann, dessen Persönlichkeit man noch nicht hat feststellen können.

Einem schändlichen Verbrechen ist das noch nicht 14 Jahre alte Schulmädchen Gertrud Riemann aus der Oberbergerstr. 18 zum Opfer gefallen. Das Mädchen, die Tochter eines Arbeiters, verbrachte im Jahre 1894 die großen Sommerferien mit seiner Mutter bei Verwandten in Stralund bei Schönlunde. Im folgenden Jahre erkrankte das Kind und die Ärzte der Frauenklinik in der Artilleriestraße, in die die Eltern das Kind brachten, erkannten gleich, daß mit ihm etwas Uneheliches geschehen sein mußte. Die Mutter wollte die Sache nicht angeben, weil es sich um einen Verwandten handelte, den jetzt 90 Jahre alten Theodor Teske, der in Stralund bei seinem Bruder in der Landwirtschaft thätig war. Das Kind wurde damals in der Frauenklinik operirt und anscheinend geheilt. Anfangs vorigen Monats brach jedoch die Krankheit wieder aus. Der Vater brachte das Mädchen, nachdem die Mutter im Januar gestorben war, wieder in die Frauenklinik, nahm es aber nach vier Tagen wieder zu sich, nachdem die Ärzte erklärt hatten, daß selbst eine Operation am Leben und Tod auf die Dauer das junge Leben doch nicht zu retten vermöge. Am Dienstag ist das Kind an einem Krebsleiden und Wassersucht verstorben. Da das Kind kurz vor seinem Tode in einem von der Staatsanwaltschaft angestellten Verhör den Teske schwer belastet hat, wird gegen ihn wohl eingeschritten werden.

In hieser Gegend ist die Familie des Schlossers Adolf Hesse aus der Felderstraße 27 durch das Verschwinden der 37 Jahre alten Frau Agnes Hesse geb. Bauer verfehlt worden. Die Frau ist seit längerer Zeit vermisst und hat sich am Montag Nachmittag aus ihrer Wohnung ohne Angabe eines Zieltes entfernt.

Selbstmordversuche. In der Nacht zum Mittwoch versuchte der geisteskranke Barbier und Heilgehilfe Gottlieb J. auf dem Abort des Mühlentischen Schanklokals in der Badstraße sich durch mehrere Messerschläge in den Hals, in die Brust und in das Handgelenk zu tödten. Ein Arzt legte ihm Nothverbände an, worauf der Verletzte in das Lazarus-Krankenhaus gebracht wurde. — Nachmittags machte die 29jährige Plänterin Marie G. in ihrer Wohnung in der Linienstraße den Versuch, sich das Leben zu nehmen, indem sie die Kochmaschine stark mit Steinkohlen beheizte, die Rauchröhre verstopfte und sich dann niederlegte. Ihre jüngste Schwester lehrte jedoch noch früh genug herein, um rechtzeitig einen Krat herbeizuführen zu können. — Ferner sprang gegenüber dem Hause Halle'sches Ufer 28 der anscheinend gemüthskranke Handlungsgehilfe Paul G. in den Landwehr-Kanal, wurde infolgedessen durch seinen ihm nachgehenden Vater mit Hilfe einiger Vorübergehenden mit dem Rettungsringe heraufgezogen und in die Wohnung seiner Eltern gebracht.

Unglücksfälle im Straßenverkehr. Am 8. d. M. vormittags fiel vor dem Hause Friedrichstr. 31 der 16jährige Kaufbursche Reinhold Oph in Strampfen hin und erlitt dabei einen Bruch des Unterleibes. Er wurde nach dem Krankenhaus am Urban gebracht. — Vor dem Hause Weinbergsweg 5 fiel der 39jährige Arbeiter Max Grünmacher bei dem Versuch, die zerrißene Pferdeleine wieder aufzuheben, vor einem Arbeitswagen, dessen Pferde durchgegangen waren und gerieth unter die Räder. Hierbei wurde ihm der rechte Arm gequetscht und das linke Ohr beinahe ganz vom Kopfe gerissen. Das Gespänn wurde in der Rosenthalerstraße angehalten. — Vor dem Neubau Dunderstr. 18 wurde gegen Abend die verheiratete Schlosser Johanna Biederney geb. Roggenbed durch einen Theil des Bauwerks, der nicht ordnungsmäßig befestigt war und durch einen Windstoß umgeworfen wurde, getroffen und am rechten Oberarm und am Kopfe schwer verletzt.

Wetter-Prognose für Freitag, den 5. März 1897.
Ein wenig kühl, zeitweise heiter, vielfach wolkig mit geringen Niederschlägen und frischen westlichen Winden.
Berliner Wetterbureau.

Verfammlungen.

Eine Protestversammlung der Arbeiterschaft Berlins mit der Tagesordnung „Die Greuelthaten in Barcelona“ fand am Mittwoch Abend in Keller's Festsaal statt. Der Saal war bis zum letzten Platz gefüllt. Das Referat hielt Gustav Landauer. Er schildert die bekannten Vorgänge in Spanien, das Attentat im Theater und die Massenverhaftungen von gänzlich unbetheiligten Anarchisten und die gräßlichen Folterungen, denen diese Anarchisten unterworfen wurden, um Geständnisse aus ihnen zu erpressen. Infolge dieser Geständnisse sind acht Personen zum Tode und 67 Personen zu 1016 Jahren Zuchthaus verurtheilt worden. Die Urtheile liegen jetzt noch den höheren spanischen Gerichten zur Befätigung vor, und diese Zeit soll benutzt werden, um in der ganzen Kulturwelt einen Protest gegen diese Justizmorde zu erheben. Auch die deutsche Regierung soll zum Einschreiten dagegen aufgefordert werden. — Spöhr theilt mit, daß sich unter den in den Festungen schmachtenden Gefangenen auch ein Deutscher Namens Heinrich Hüffel, Schlosser aus Köln a. Rh. befindet. Er ist seit Sommer 1896 in Spanien. Dort wurde er in Barcelona von einer Herberge weg verhaftet, ohne daß er in irgend einer Beziehung zu Anarchisten stand. Er wurde beschuldigt, aus Frankreich als Anarchist ausgewiesen zu sein, was, wie er schreibt, eine Lüge ist. Jetzt ist er neun Monate in Untersuchungshaft, ohne bis jetzt ein ernstes Verhör gehabt zu haben und ohne zu wissen, wessen man ihn eigentlich beschuldigt. Besonders klagt er über die erbärmlichen spanischen Gefängnisse. Seine Adresse ist: Carsoles nacionales dormitorio No. 6, Enrique Hüffel u. Schmidt, Barcelona. — Spöhr ermüdet die Schritte, die zur Befreiung vor allen Dingen dieses Deutschen geschehen können. Es könne der Staatssekretär v. Marschall zum Einschreiten aufgefordert werden, auch im Reichstag könne eine Interpellation erfolgen und der Redner bedauert, daß die Anarchisten keinen Vertreter im Reichstag haben. Auch durch die Anfrüchtelung der Öffentlichkeit könne vielleicht auf Spanien eingewirkt werden.

Der nächste Redner ist Herr Oberleutnant von Egidy. Er protestirt ebenfalls im Namen der Befreiung gegen die spanischen Greuel und geißelt es, daß sich auch in Deutschland Männer gefunden, welche diese Greuelthaten gebilligt haben, indem sie den bekannten Ruf von Egidy, Bebel, Spieshagen, Gutzzeit, Wille etc. hämisch bekämpften. Er glaube jedoch, daß die betreffenden Zeitungen („Norddeutsche“ und „Berliner Neuzeit Nachrichten“) nicht die ganze Schamlosigkeit der spanischen Verbrechen gekannt haben. Von einer Resolution verspricht sich der Redner nicht viel, dagegen von einer Interpellation im Reichstag. Er rechnet es den Anarchisten hoch an, daß sie in diesem Fall ihr Dogma des Antiparlamentarismus fallen lassen wollen.

Es spricht noch Herr Pawlowitsch im Sinne des Referenten. Weisheit verlangt ein Mißtrauensvotum für die sozialdemokratischen Abgeordneten, weil diese nicht erschienen sind. Landauer theilt mit, daß sich Bebel entschuldigt hat, weil er eine andere Versammlung abhalten muß. Nachdem sich noch Weisheit und Engler an der Diskussion betheiligt hatten, wird einstimmig eine Resolution angenommen, in welcher es heißt:

„Die am 3. März tagende öffentliche Protestversammlung beauftragt den Herrn Reichstags-Abgeordneten Bebel, im Reichstag eine Interpellation einzubringen über die Greuel in Barcelona und die Schritte, welche die deutsche Reichsregierung im Falle Hüffel thun will. Sie erwartet von der deutschen Regierung, daß sie sofort Schritte zur Befreiung des Deutschen Hüffel thun werde.“

Arbeiter-Gildenschule. Freitag Abend 9 Uhr bis 10 1/2 Uhr: Söbott-Schule, Hallesche Straße 14. Raum-Vorlesung (Kunst und moderne Naturgeschichte, Problem der Weltbildung im Alterthum, Griechische Weltbild und biblische Weltbildung. Die Entstehung der Erde aus ihrer vororganischen Stellung im Weltall. Mechanische Auffassung und experimentelle Forschung. Die Entstehung des Menschen in der Naturgeschichte (Lamarck, Darwin). Das Seelenproblem. Atomismus und Materialismus. Grenzen der Naturwissenschaft. Der Herr G. J. J. — Nord-Schule, Brunnenstr. 25. Rede-Übung (Die wichtigste menschliche Grundfrage für die Kunst des öffentlichen Redens. Lehr- und Aufsatz eines Vortrages) Herr Heinrich Schulz.

Die Festhalle der Arbeiter-Gildenschule. Brunnenstr. 25. In möglichen von 6-9 Uhr, Sonntag von 4-9 Uhr, unentgeltlich für jedermann geöffnet. Die Festhalle der Arbeiter-Gildenschule, Brunnenstr. 25, die den Vereinen vorräthig zur Vermittlung von Vorträgen wissenschaftlichen Charakters zur Verfügung steht, ist ebenfalls von 8-9 Uhr nachmittags geöffnet.

Arbeiter-Sängerbund Berlin und Umgebung. Vorschau der Ad. Neumann, Volkmannstr. 5. Alle Veränderungen im Vereinskalender sind zu richten an Friedrich Kottum, Wollfenerstr. 40, v. 2. Tr.

Arbeiter-Handwerk Berlin und Umgebung. Veränderungen im Vereinskalender sind zu richten an Hermann Braunschweig, Drebbenerstraße 80, 2. Hof, 4. Tr.

Die Fortbildungsschüler des Berliner Handwerker-Vereins feiern ihren Sommer in diesem Jahre am Sonnabend, den 6. März, im Saale der Brauerei Böhm, Prenzlauer Str. 247. Eintritt 40 Pf. sind am Festabend am Buffet des Restaurants zu haben.

Öffentliche Versammlung. Heute Abend 8 1/2 Uhr im Saale der „Kaminhallen“, Kommandantenstraße 20. Vortrag des Hrn. Kube über: „Geheimnisse des weiblichen Geschlechts.“

Freie Vereinigung der Händler und Händlerinnen Berlin und Umgebung. Heute Abend 8 Uhr, im Lokal von Hoppe, Kärsterstraße 145: Mitglieder-Versammlung.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Freitag, den 5. März.
Schauspielhaus, Lindens.
Schauspielhaus, König Heinrich IV.
Deutsches Theater, (Lea, Fritz, Gen. Das Witz-Männchen.)
Berliner, (Hain.)
Vestib. Madame Sans-Gêne.
Reines, (Marcelle.)
Ostend. Zu hoch hinaus.
Westen. Juphis Tochter. Eine vollkommene Frau. Der Eigener.
Residenz, (Hedwig.)
Linden, Indigo und die vierzig Räuber.
Thalia, Frau Lieutenant.
Schiller, Am Tage des Gerichts.
Central, Ein fideles Abend.
Volk, Von Stufe zu Stufe.
Friedrich, Wilhelmstädtisches.
Heinrich, (Seine.)
Alexanderplatz, Eine pikante Ehe.
Passage-Panoptikum, (Kleintheater.)
Apollo, Spezialitäten.

Apollo-Theater.
Durchschlagener Erfolg des März-Programms!
5 Sisters Lorrison
Maggie, Aggy, Fanny, Cissy u. Nobby am Strande v. Trouville
Carmencita
Der vollkommenste und beste
Kineograph
mit dem Emulationshüte:
Endlich allein!
Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr. Anf. 7 1/2 Uhr.

Belle-Alliance-Theater
Volk-Vorstellung
unter Regie von Julius Türk.
Sonntag, den 7. März, nachm. 3 Uhr:
Schauspiel der Damen **Martha Frey**
und **Therese Freyburg**; der Herren
Heinrich Schulz und **Wilhelm Kniff**.
Zum ersten Male!
Die Jungfrau von Orleans.
Romantische Tragödie von Fr. Schiller.
Johanna: Kartha Frey. Agnes
Sorel: Therese Freyburg. König:
Richard Jürgens. Dunois: Heinrich
Frey. Burgund: Wilhelm Kniff.
Plouet: Heinrich Schulz. Talbot:
Julius Türk.
Die Kostüme, Requisiten, Waffen
sind aus den kunstgewerblichen Werkstätten von H. Hildebrand.
Eintrittskarten à 50 Pf. sind in
den bekannten Geschäften zu haben.

Alexanderplatz-Theater.
Kleine Preise. Anfang 8 Uhr.
Eine pikante Ehe. Berliner Volk mit
Gesang und Tanz in 4 Akten von
G. Prudens.
Bonn, auch die zu anderen Stücken
ausgegeben sind, behalten ihre Gültigkeit.
Sonabend, den 6. März 1897:
Eingemaltes Schauspiel des Gebrüder
Herrnfeld'schen Budapest'schen Hoftheaters. Eine Partie Klavierspiels
und Gesangs allein.
Sonabend nachm. 4 Uhr: Auf
allgemeines Verlangen: Schauspiel der
Neimen Haniel und Gretel-Darsteller
Gefschw. Seitz: Haniel u. Gretel.
Zaubererstücke u. Gesang in 5 Bildern.
Sonntag nachm. 4 Uhr, zu kleinen
Preisen: Kinder-Vorstellung. Frau
Holle, Zaubererstücke mit Gesang
u. Tanz in 6 Bildern von G. Prudens.
Billets sind ohne Vorbestellung
schon drei Tage vorher an der Theater-
kasse zu haben. Vormittags 11-1 Uhr
und abends von 1/2 7 Uhr an.

Friedrich Wilhelm Theater.
Sont und die folgenden Tage: Gastspiel
des Herrn **Carl Pander** vom
Thalia-Theater in Hamburg.
9 1/2 Uhr: **Heinrich Heine.** Bühnen-
ausgen-Operateur u. Lotteriekollektor
Hirsch: **Carl Pander** a. S. — Vor-
her 8 Uhr: **Eine Tasse Thee.** Auf-
spiel in 1 Akt nach dem Französischen
von W. Drost.
Sonabend nachm. 4 Uhr zu kleinen
Preisen (Kinder-Vorstellung): **Frau
Holle.** Zaubererstücke mit Gesang
und Tanz in sechs Bildern von
G. Prudens.
Sonntag nachm. 4 Uhr: Klavier-
Vorstellung zu kleinen (Abonnement)-
Preisen: **Der Trompeter von
Zäckingen.** Romantisches Schauspiel
mit Gesang in 3 Akten (7 Bil-
dern) von Emil Hildebrandt und
Julius Keller.
In Vorbereitung: **Moderne Jung-
frauen.** Berliner Volk mit Gesang
in 3 Akten von Alfred Schmalow und
H. Hildebrandt. Musik von Albert Wilder.
Billets sind schon drei Tage vorher
ohne Vorbestellung an der Theater-
kasse zu haben. Außerdem im In-
validenbau, Unter den Linden 24, bei
Paul Komeid, Leipzigerstraße 6, und
Julius Vengenfeld, Markgrafenstr. 50.

Berliner Possen-Theater
Münzstrasse 17.
(Eingang Königsgraben.)
Direktion: Joseph Kichinger
und Leonhardy Gabel.
Abends punkt 1/10 Uhr:
Novität! **Baruch und Sohn.**
Neue Spezialitäten!
Anfang der Vorstellung 8 Uhr.
Kasseneröffnung 7 Uhr.
Entrée 30 Pf. Die Direktion.

Schiller-Theater
(Wallner-Theater).
Freitag, abends 8 Uhr: **Am Tage
des Gerichts.**
Sonabend, abends 8 Uhr: **Am Tage
des Gerichts.**

Ostend-Theater.
Gr. Frankfurterstr. 132. Dir. G. Weik.
Heute und folgende Tage:
Zu hoch hinaus!
Vollständigt in 4 Akten von R. Gänther.
Anfang 8 Uhr.
Sonntag nachmittags 3 Uhr: **Der
Walzerkönig.**

**Zeen-Palast, Burg-
straße 22.**
Direktion Winkler & Fröbel.
Sohen! Das Staunen!
Durchweg neue brillante
Resensgroße
März-Programme
Sensation. 20 Nummern.
Neu! **Soubrette** auf dem Zweirad.
Anfang 7 1/2 Uhr, Sonntag 7 Uhr.
Entrée 30 Pf. bis 1 Mark 50 Pf.

Welt-Restaurant
Variété- und Spezialitäten-
Theater.
Dresdenerstraße 97.
Novität! **Novität! Novität!**
Das tanzende Berlin.
Im vorderen Saal täglich:
Künstler-Frei-Konzert.
Anfang: Entrée:
Wochent. 7 1/2 Uhr. Wochentags 30 Pf.
Sonntag 6 Uhr. Sonntag 30 Pf.
Berlins. frei Simonstr. 23, 11 d.

**R. Scheere, Blumen-
straße 38.**
Gr. Berlinzimmer frei Dienstag
und Freitags.

Thalia-Theater.
(vormals Adolph Ernst-Theater).
Alle Vork. 30. Dir. Rich. Schulz.
Abends 7 1/2 Uhr: **Sam 29. Male:
Ein fideles Abend.**
Vorigen Sonnabend: **Sam 30. Male:
Ein fideles Abend.**

**Castan's
Panoptikum.**
Die
beiden
indischen
die kleinsten
Menschen der Welt!
Damen-Weitschrittmänner.

Pygmäen
die kleinsten
Menschen der Welt!

Der Krieg auf Kreta!
Neuester Schlager von Siegwart Gentes
in
Kaufmann's Variété
als
Sultan der Türkei.

Central-Theater.
Alle Vork. 30. Dir. Rich. Schulz.
Abends 7 1/2 Uhr: **Sam 29. Male:
Ein fideles Abend.**
Vorigen Sonnabend: **Sam 30. Male:
Ein fideles Abend.**

Concordia Variété-Theater
Brunnenstr. 154.
Täglich: **Große Theater- und
Spezialitäten-Vorstellung**
Das beste Programm d. Norden-
Neu! Troupe Richard (1 De-
1 Dame, 1 Kind) Krabaten.
Neu! Rathi Richter, Tyroler
Neu Long and little Adolf
Langduellisten.
Neu! Ein plagiator Dicht.
Hoffe.
Anfang Wochentags 7 1/2 Uhr.
Sonntag 6 Uhr.
Umtausch-Billets haben Gültigkeit.

Der Krieg auf Kreta!
Neuester Schlager von Siegwart Gentes
in
Kaufmann's Variété
als
Sultan der Türkei.

Urania, Tauben-Strasse
No. 48-49.
Naturkundliche Ausstellung
täglich geöffnet von 10 Uhr vorm. ab.
Eintritt 50 Pf.
Wissenschaftl. Theater abends 8 Uhr.

Sternwarte (Jubiläumstr. 57/52)
Vorher Stadtbahnhof.
Täglich von 7 1/2 Uhr abends ab
50 Pf. Im Theater-Saal täglich
8 Uhr abends Vorträge, mit Experimenten
u. gr. Lichtbildern ausgestattet.
Nächstes die Tagesausstellung.

Anatomisches Museum
Freitag von 2 Uhr ab: Tamentag.
Entree 50 Pf. 126/1

Circus Renz
Karlstrasse.
(Jubiläum-Tagen 1896/97.)
Freitag, den 5. März 1897,
Abends 7 1/2 Uhr:

Gr. humoristische Vorstellung.
Auftreten sämtlicher Clowns in
ihren höchst urkomischen Entwürfen
u. Intermezzen.
Durchschlagender Erfolg.
Aus der Wappe
eines

Niesengebirgs-Phantasten.
Neben dem hervorrag. Nummern
des Repertoires, 6 trauehner Kapp-
hengste (Original-Dressur) in Freiheit
vorgef. vom **Dir. R. Renz**. Zum
ersten Male: **Miranda**, engl. Soli-
st, dreifach u. vorgeführt von
Mr. **S. Rowland**. Auftreten der
Schulmeisterin **Frau Robert Renz**
mit dem Schiffsperde **Chd** und dem
Stelzer **Solon**. **Ged- und Weit-
sprünge** über 6, 8 und 10 Pferde,
ausgef. von d. besten Springern der
Gesellschaft.
Sonnabend, 6. März 1897, abends
7 1/2 Uhr: **Grande Soirée**
equestre. Aus der Wappe
eines Niesengebirgs-Phantasten.

CIRCUS BUSCH
Bahnhof Börse.
Freitag, den 5. März 1897,
Abends 7 1/2 Uhr:

Gr. humoristische Vorstellung.
Das Tagesgespräch von Berlin:
Nach Sibirien.
Neben dem: **Hamlet's Geist**, komische
Scene des Clowns **Mr. Alf Daniels**,
100 Clowns, männliche und weibliche.
Die **Akrobatik-Klown's Broth**,
Willy, **Mr. Coleman** u. sein drei-
hundert und siebenzig. Der **Kirchhof**
Herr Bogdanowitsch, 4 arab. Schim-
melhengste und 6 trauehner, dresch-
u. vorgef. v. **Dir. Busch**. **Leopard**,
medisch. **Sauerpferd**, dreifach und
u. per. v. **Herrn Postill-Burghardt**.
Neben: **Nach Sibirien**.
Sonnabend: 2 Vorstellungen.
Nachm. 4 Uhr: **Rhodes**. - Abends
7 1/2 Uhr: **Nach Sibirien**.
An den Tagen der **Seniarm-
feier**, 22. und 23. März, sieben den
Angehörigen des Militär-Verdienstkreuzes
und den Rittern des Eisernen Kreuzes
I. Klasse Plätze im Circus kostenfrei
zur Verfügung.

Viktoria-Brauerei
Lützow-Strasse 111/112.
Sonnabend: 2 Vorstellungen.
Nachm. 4 Uhr: **Rhodes**. - Abends
7 1/2 Uhr: **Nach Sibirien**.
An den Tagen der **Seniarm-
feier**, 22. und 23. März, sieben den
Angehörigen des Militär-Verdienstkreuzes
und den Rittern des Eisernen Kreuzes
I. Klasse Plätze im Circus kostenfrei
zur Verfügung.

Alcazar
Variété-Theater I. Ranges.
Dresdenerstr. 52/53 (City-Passage)
Annenstrasse 42/43.
Geschwister
Gottlieb
Prof. Roberts. Wendini.
Anfang: Sonntag 6 Uhr, Montag 8 Uhr
Freitagen in der Woche gratis.
Entree 30 Pf. Die Direktion

Passage-Panopticum.
Vom
6. März ab:
32
Mädchen
aus Samoa.

Achtung!
Künstliche Zähne von 3 R. an,
Theils wöchentlich, 1 R., wird abgeholt.
Zahnleiden, Zahnreinigung, Nerventöden
bei Befestigung umsonst.
Guckel,
Vandenbergstr. 2, Eißner-
Haus, Steglitzerstr. 71 L.

Maskengarderobe.
Größte Auswahl.
Billigste Preise.
Verein. Preisermäßigung.
Fr. Panknin,
Cranienstrasse Nr. 178,
Koblenzstr. 91,
Ecke Cranienstrasse.

Die weltbekannte Bettfedern-fabrik
Grafen-Strasse 46, verleiht gegen Kaution
garant. neue Bettfedern d. Pfd. 55 Pf.,
diesjährige halbdunen d. Pfd. 1.25,
bessere halbdunen d. Pfd. 1.75,
vorzügliche Dunnen d. Pfd. 2.25.
- Ein diesen Dunnen genügen
3 bis 4 Pfund zum großen Comfort.
Bewerbung frei. Preis u. Proben
gratis. Bitte Anrechnungszettel.

Gardinen-Rester-Ausverkauf
Älterer Muster in weiß und creme zu
1-4 Fenstern passend, spottbillig in dem
Gardinenfabrik-Lager
Berlin O., Gruner Weg Nr. 80
part., Eing. vom Hain (kein Laden).
Rechnungen treffen täglich ein.
Proben nach außerhalb portofrei.

Hirschfleisch Nur noch 8 Tage
Blatt 50, Reule 70, Wildschwein,
Rehstier und Kaninchen.
Wild- und Geflügel-
A. Ritschl,
61 Dresdenerstr. 61 part.

Verwaltung der Kochanstalt
Stadt. Schlachthof
Täglich (Sonnabend vorm. von 7 bis
9 Uhr) Verkauf von:
Gehacktem Rindfleisch
à 30 und 35 Pf. per Pfund.
Geh. Schweinefleisch
à 40 Pf. per Pfund.

Sophastoffe
auch **Reste**
in Nips, Damast, Crepe,
Phantasia, Gobelin und
Blüsch spottbillig!
Proben franko!
in allen Qualitäten
zu Fabrikpreisen.
Berlin S.,
Cranienstr. Nr. 158.
Emil Lefevre,
Cranienstr. Nr. 158.

Verkaufte.
Wegen Erparnis der Ladenmiete
verkauft **Rüssel**, Spiegel, Polster-
waren bedeutend billiger. Die Arbeiten
werden a. bestem Material angefertigt,
auch sehen die Verkäufer zur Befestigung
jedermann frei. **Buckow**,
Tischlermeister, Invalidenstr. 13.

Sophastoffe
zu Bezügen ausreichend,
in Phantasia,
Nips, Damast, Crepe,
Gobelin, Moquette und
Blüsch, sowie Sattelstücken
spottbillig.
J. Adler,
Teplich-Haus,
Spandauerstr. 30,
vis-à-vis dem Rathhause.
Illustrirte Preislisten gratis u. franco.
Sommerpaletots, Anzüge, Hüte,
Goldwaren spottbillig Pfand-
leihe Reanderstrasse 6.

Betten, Steppdecken, Wäsche, Gar-
dinen, Portiüren, Teppiche, Re-
gulatoren, Remontoirrücken, Kranat-
Armbänder spottbillig in der Pfand-
leihe Reanderstrasse 6.
Grünfranzgeschäft, Kasse, verkauft
1485 Christinenstr. 41.
Bouillon u. Bratenfleisch, feilch
1450 Buchholzerstr. 2.
Wirtschaft billig verkauft. Spinde,
Sopha, Spiegel, Küchenhaken Lange-
strasse 10, Quergeb. part. rechts. 1496

Achtung!
Sonntag, den 7. März, vormittags präzis 11 Uhr, im großen Saale der Arminhallen,
Kommandantenstraße Nr. 20:
Mitglieder-Versammlung der Zahlstelle Berlin I
des Zentral-Verbandes deutscher Maurer.
134/11
Tagesordnung: 1. Abrechnung und Jahresbericht der Unterhaltungs-Kommission sowie Renow-
rierarbeiten. 2. Bericht über das Resultat der Urabstimmung betreffs des Arbeitsnachweises event. weitere Maß-
nahmen in derselben Sache. 3. Die Situation im Gewerbe und innere Vereinsangelegenheiten.
NB. Sämtliche Mitgliedsbriefe werden hiermit aufgefordert, in dieser Versammlung zu erscheinen; auch
werden die Billets zur Circa-Vorstellung in der Urania am 2. Osterfesttag in dieser Versammlung auszugeben.
Die Versammlung wird präzis 11 Uhr eröffnet und werden die Mitglieder ersucht, in Anbetracht der
wichtigen Tagesordnung pünktlich und zahlreich zu erscheinen.
Der Bevollmächtigte.

3. Wahlkreis.
Sonntag, den 7. März 1897, abends 6 Uhr, im großen Saale der
Arminhallen, Kommandantenstraße 20:
Öffentliche Versammlung.
Tages-Ordnung:
Vortrag des Genossen **Georg Wagner** über: Streiklichter aus der
Evolutionstheorie. Hierauf: **Geselliges Beisammensein.**
Entree 10 Pf. Um rege Theilnahme ersucht
213/7 **Die Vertrauensperson.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Heute, Freitag, abends 8 1/2 Uhr, bei Cohn, Beuthstr. 20/21:
Sitzung der Ortsverwaltung. 87/7

Achtung! Maurer. Achtung!
Zentral-Verband deutscher Maurer, Filiale Berlin II.
Sonntag, den 7. März, vormittags 10 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn
H. Cohn, Beuthstraße 20: 136/14

Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Beratung aller zum Verbandstag gestellten Anträge. 2. Gewer-
schaftliches. Den Mitgliedern ersucht in der Zeit die Pflicht,
eifrig für guten Verlauf unserer Versammlungen zu wirken. Gäste haben
 Zutritt. Neue Mitglieder werden aufgenommen. Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verwaltung Berlin.
Sonntag, den 6. März, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn
Obst, Brunnenstraße 110:
Bezirks-Versammlung für Weiden und Schöneberg.
Tagesordnung:
1. Vortrag über: Pflichten und Rechte der Mitglieder. Referent: Kollege
A. Cohn. 2. Diskussion. 3. Berichtendes. 121/6

Außerordentliche Mitglieder-Versammlung
am Sonntag, den 7. März, vormittags 9 1/2 Uhr, im Lokale des
Herrn Cohn (großer Saal), Beuthstraße 20.
Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn **Waldeck Manasse**
über: Zertrümmerte Wälder. 2. Diskussion. 3. Sitzung der Delegirten
zur General-Versammlung in Braunshweig. 4. Berichtendes.
Zahlreiches und pünktliches
Erscheinen erwartet **Die Ortsverwaltung.**

Achtung, Zimmerer!
Sonntag, den 7. März, vorm. 10 Uhr,
im Louisenstädtischen Konzerthaus, Alte Jakobstraße 37:
Außerordentliche
Mitglieder-Versammlung. 257/10
Tages-Ordnung:
1. Der bevorstehende Kongress der Lokalorgani-
sirten Gewerkschaften. 2. Diskussion. Der Vorstand.

Achtung! Männer und Frauen! Achtung!
Sonntag, den 7. März, nachm. 5 Uhr pünktlich, bei Hofmann
(in beiden Sälen), Alexanderstr. 27c, 1 Tr.:
Grosse öffentliche Versammlung
für Männer und Frauen.
Tagesordnung: 1. Vortrag über: Die Inquisition in Spanien am Ende
des 19. Jahrhunderts. Referent **Paul Pawlowitsch**. 2. Diskussion.
Nach der Versammlung: **Gemüthliches Beisammensein**
mit Tanz in beiden Sälen, arrangirt vom Verein zur
Wahrung der Interessen der Maurer Berlins und Umgegend.
- Entree inkl. Tanz 25 Pf. - Hierzu ladet freundlich ein
129/3 **Der Einberufer: Karl Rudner, Posenerstr. 10.**

Tischler-Verein.
Sonntag, den 6. März, abends 8 1/2 Uhr, Melchiorstr. 15:
Versammlung.
T.O.: 1. Vortrag des Herrn **Dr. Wollheim** über: Naturerkenntnis
und Weltanschauung. 2. Vereinsangelegenheiten und Ausgabe der Billets
zur „Urania-Vorstellung“ am 14. März, mittags 1 Uhr.
198/14 **Der Vorstand.**

Achtung! Steinarbeiter. Achtung!
Sonntag, den 7. März, vormittags 11 1/2 Uhr,
im Englischen Garten, Alexanderstraße Nr. 27 o:
Große öffentliche Versammlung
der Steinarbeiter Berlins u. Umgegend.
Tages-Ordnung:
1. Bericht des Delegirten vom Hofe Kongress. 2. Wahl des Zentral-
Ausführenden. 3. Berichtendes. Um rege Theilnahme ersuchen
172/10 **Die Vertrauenspersonen: A. Wolff, F. Fischer.**

Verein der Bauanschläger Berlins u. Umg.
Sonntag, den 7. März, vormittags 10 Uhr, bei Herrn Buske,
Grenadierstr. 33:
General-Versammlung.
Tagesordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Bericht des Ver-
gütungskomitees und Abrechnung desselben. 3. Festsetzung der Ver-
gütungen 97/98 und Wahl des Vergütungskomitees. 4. Berichtendes
und Protokoll. **Der Vorstand.**

Wilmerdorf.
Sonntag, 7. März, nachm. 3 Uhr, in Klingenberg's Volksgarten:
Große öffentliche
Bauarbeiter-Versammlung.
Tagesordnung: Berichterstattung des Delegirten vom 4. Kongress der
Bauarbeiter Deutschlands. Diskussion und Berichtendes.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht **Der Einberufer.**

Achtung! Puber. Achtung!
Sonntag, den 7. März, vormittags präzis 11 Uhr, im großen Saale der Arminhallen,
Kommandantenstraße Nr. 20:
Mitglieder-Versammlung der Zahlstelle Berlin I
des Zentral-Verbandes deutscher Maurer.
134/11
Tagesordnung: 1. Abrechnung und Jahresbericht der Unterhaltungs-Kommission sowie Renow-
rierarbeiten. 2. Bericht über das Resultat der Urabstimmung betreffs des Arbeitsnachweises event. weitere Maß-
nahmen in derselben Sache. 3. Die Situation im Gewerbe und innere Vereinsangelegenheiten.
NB. Sämtliche Mitgliedsbriefe werden hiermit aufgefordert, in dieser Versammlung zu erscheinen; auch
werden die Billets zur Circa-Vorstellung in der Urania am 2. Osterfesttag in dieser Versammlung auszugeben.
Die Versammlung wird präzis 11 Uhr eröffnet und werden die Mitglieder ersucht, in Anbetracht der
wichtigen Tagesordnung pünktlich und zahlreich zu erscheinen.
Der Bevollmächtigte.

Schäftebranche. Verein deutscher Schuhmacher.
Filiale V. 185/10
Versammlung am Sonnabend, 6. März, abends 8 1/2 Uhr,
bei Babel, Rosenhaldenstr. 57.

Verband der Bauarbeiter.
Zahlstelle Berlin.
Sonntag, den 7. März, vormittags 11 Uhr, Insel-Strasse Nr. 10:
Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Bericht des Delegirten vom Verbandstag. 2. Diskussion. 3. Wahl
des Ausführenden. 4. Berichtendes. Wegen der Wichtigkeit der Tages-
ordnung ist das Erscheinen sämtlicher Mitglieder notwendig. 32/13

Deutscher Krankenpflege d. Drechsler
und verwandter Gewerbe.
Credentische
General-Versammlung
sämtlicher Vertreter der Arbeitgeber
und Mitglieder
Sonntag, den 14. März 1897,
vormittags 10 1/2 Uhr,
i. d. Arminhallen, Kommandantenstr. 20.
Tagesordnung:
1. Abnahme des Jahresberichts für
1896. 2. Wahl einer Beschwerde-
kommission. 3. Gehaltsberhöhung des
Rassenbeamten **P. u. z.** um monatlich
10 Mark. 4. Berichtendes.
Der Vorstand. 265/2
J. A. Otto Krämer, Vorsitzender.

Todes-Anzeige.
Am Mittwoch, vormittags 10 1/2 Uhr,
entschied nach schwerem Leiden mein
innig geliebter Mann, unser guter
Vater, Bruder und Schwager
Christian Saueremann
im 51. Lebensjahre. Tiefbetrübt gehen
dies hiermit an 146/6
Die trauernden Hinterbliebenen.
Berlin, den 3. März 1897.
Die Beerdigung findet am Sonn-
abend, nachmitt. 3 Uhr, vom Trauer-
hause **Waldenstr. 8** aus, nach dem
St. Thomas-Kirchhofe statt.

Freidenkern
sendet vollständig kostenlos folgende
72 S. entz. Broschüre zu: „Das Leid
als die Wurzel aller Menschenschicks.“
Betrachtungen über das Leben und
seine Zukunft. **Gust. Müller**,
Berlin, Waldemarstr. 37. 135/3

Freireligiöse Gemeinde.
Sonntag, den 6. März, in Keller's Festsaal, Köpenickerstr. 29:
Grosser Wiener Maskenball.
Anfang 8 1/2 Uhr. Eintritt 50 Pf. für Mitglieder und deren Freunde.
Billets sind zu haben bei den Komiteemitgliedern: **Kuerbach**, Wald-
straße 50, Hof II, **Bohne jr.**, Brunnenstr. 141, Hof II, **Wulow**, Rüm-
bergerstraße 10, Seitenk. I, **Christens**, Köpenickerstr. 60a, II, **Jacobs**,
Krausstr. 55, S. I, **Kottlow**, Köpenickerstr. 17, **Querg III**, **Mobach**, Hammer-
straße 17, v. II, sowie in allen bekannten Billeterverkaufsstellen.
Das Komitee.

Zentralverein der Böttcher.
Sonntag, den 6. März, in Nlett's Ball-Salon,
Weberstrasse 17:
Grosser Wiener Maskenball.
Anfang 8 1/2 Uhr. Billet 50 Pf.
Der Vorstand. Im Austr.: **H. Winter.**
47/2

Hüte Kontrollmarke
(nur aus der Genossenschafts-
Hütefabrik bezogen) verkauft
im einzelnen zu Engrospreisen
billiger als jede Konkurrenz
Oscar Arnold,
Hat-Engros-Geschäft,
116 Dresdenerstr. 116 am Cranienplatz,
kein Laden.

R. F. Mittelstädt, Berlin N., Brunnenstr. 152.

R.F. Mittelstädt's Original-Löwenbitter ist aus passender
Kräutern abdestillirt be-
fördert vorzüglich die Ver-
daung und regt besonders
den Appetit an.
In Fl. Mk. 0,60, 1,10, & 1,80.
Im Ausschank und in Flaschen überall zu haben.

Gänzlicher Ausverkauf.
Wegen vollständiger Aufgabe unseres Geschäftslotals Alexander-
straße 54, verkaufen wir die bedeutenden Restbestände in 1176/2
Herrnstoffen,
Bilardtuchen, Frisch, Planel und Pferddecken, um bis zum
1. April damit zu räumen, zu jedem annehmbaren Preise.
Günstige Kaufofferte werden wirklich reeller Sachver.
Goltz & Hoffmann, Alexanderstraße 54,
an der Prenzlauerstraße.

Wohl fühlt sich 1869/9
bei jeder Witterung, wer
Brunnen-Strasse 110
(neben dem Pferdebahnhof: Depot)
bei **Jgnatz Sello** bezieht anerkannt
guten **Nam. 1/2** fl. inkl. von 90 Pf. an,
vorzüg. **Glühwein-Extrakt**, 1/2 fl.
inkl. v. 1.10 fl. an, **Ingwer-, Pfeffer-
minz**, u. **fl. Pfeffer** (1/2 Liter) inkl.
1.10 fl., **Äther** inkl. 55 Pf., **Stons-
dorfer** inkl. Orig.-Pfl. (1/2 Liter) à 80 Pf.,
Gold u. Halb, feine **Wärmeflasche**,
per 1/2 **Champagner** fl. inkl. 90 Pf.,
alten Nordhäuser per Liter 50 Pf.,
(süß. Ungarwein, Orig.-Pfl. (1/2 Liter)
inkl. von 90 Pf. an, sowie sämtliche
Sorten **Weine, Cognac** u. **1. u.**
Spirituosen auch im Einzelverkauf nur
zu **Engrospreisen**. Billigste Bezugs-
quelle. Bitte genau auf **Nr. 110**
Brunnenstraße Nr. 110 zu achten.

Arbeitsnachweis der
Goldschmiede, Holzmarktstr. 8.
Gesucht für Auerhald sofort ein
tüchtiger Hammerarbeiter auf Bretter,
aber nur erste Kraft. 9 stündige Ar-
beitszeit. Lohn 36-45 M. 71/14
Zeitspindelreher
auf Werkzeuge verlangt
Schraubenfabr. Charlottenburg
Potsdamerstr. 35.
Uhrmacher-Gebrüder verlangt
im **Morgelpfad**
Scharnow, Cranienstr. 152.